Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 53.

№ 203. Donnerstag, 31. August 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 5.— Mark Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 9.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 3.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Mutterberatungsstunden in Wülknitz betr.

Künftig werden aller 3 Wochen in Wülknitz (Bahnhofsrestaurant) Mutterberatungsstunden unter der Leitung einer Bezirkspflegerin und unter der Mitwirkung eines Arztes abgehalten werden.

Die erste Stunde findet am **6. September, vormittags 11 Uhr** im Bahnhofsrestaurant in Wülknitz statt.

Weiter wird vorher und zwar am

Montag, den 4. September, abends 7 Uhr

im Bahnhofsrestaurant Wülknitz ein Vortrag an der Hand von Abbildungen über Säuglingsfürsorge abgehalten werden, zu dem die Mütter, junge Mädchen und alle diejenigen, die in einer Beziehung zur Säuglingspflege und Kindererziehung stehen, hiermit eingeladen werden.

Das Wohlfahrtsamt darf erwarten, daß in Anbetracht des guten Zweckes und des nicht unbedeutenden Kostenaufwandes sowohl der Besuch der Beratungsstunden, wie auch des Vortrages ein recht reger sein wird.

Großenhain, am 30. August 1922.

Die Amtshauptmannschaft. — Wohlfahrtsamt. — 252 o W.

Frau **Anna vhl. Schroth** ist heute auf weitere 3 Jahre als stellv. Bezirksvorsteherin für den III. Bezirk in Pflicht genommen worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. August 1922. Kr.

Bekanntmachung.

Die Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer sind beim Steuerabzug vom Arbeitslohn

vom 1. September 1922 ab

mit folgenden Werten zu berücksichtigen:

1 Zentner Kartoffeln	350 M.	1 Ei	7 M.
1 Zentner Getreide	1600 „	1 Pfund Butter	140 „
1 Liter Milch	14 „	1 Zentner Stroh	200 „

Ein gemästetes Schwein ist mit 8000 M. für den Zentner Lebendgewicht zu bewerten.

Dresden, am 26. August 1922.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.
Dr. Hoch.

Bei der am 4. 9. 1922 stattfindenden **Versteigerung** werden nur etwa **20 Gebäude** und keine Wasserleitungsanlagen verkauft.

Tr.-Pl. Zeithain, den 30. 8. 1922.

Finanzamt R.-Sch.-Verw. Tr.-Pl. Zeithain.

Freibank Poppitz. **Morgen Freitag** abends ½7 Uhr **Schweinefleisch,** gekocht, ½ kg 60 Mark. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 31. August 1922.

—* **Die Not der Presse.** Der „Berl. Lok.-Anz." schreibt: Die verschiedenen Versuche, den Zeitungen aus öffentlichen Mitteln Hilfe und Zuschüsse zu gewähren, sind fast durchweg ohne Erfolg geblieben, und die letzte Zuschußgewährung aus einer besonderen Ausfuhrabgabe, bereits in der ganzen Anlage völlig verfehlt, spielt ziffernmäßig eine durchaus untergeordnete Rolle, da sie im günstigen Falle eine Ermäßigung des Papierpreises von 3 Mark für das Kilogramm bewirken kann; ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt erst in zwei oder drei Monaten fühlbar werden soll. Der Papierpreis aber, der von 20 Pfennig vor dem Kriege bis zum Juni d. J. auf 16,50 Mark, gestiegen war, soll für September fast 80 Mark betragen. Das bedeutet, daß der vierseitige Zeitungsbogen im Berliner Format dem Verleger selbst unbedruckt 1,20 Mark kostet. Auch die Druckpreise haben sich vom 1. Januar bis zum 1. September 1922 um 691,2 Prozent, also auf rund das Achtfache, erhöht. Wie sehr alle sonstigen Ausgaben, Druckfarbe, Porti, Löhne, Transportkosten und dergleichen gestiegen sind und von Tag zu Tag weiter steigen, bedarf keiner Erörterung. Eine Anpassung der Preise an die Unkosten ist bisher immer nur in sehr geringem Maße möglich gewesen, was eigentlich um so erstaunlicher sein sollte, als gerade der deutsche Zeitungsbezieher fast immer in einem erfreulich persönlichen Anhänglichkeitsverhältnis zu seiner Zeitung stand. Gewiß mag der selbst bei den bescheiden zu nennenden Preissteigerungen eingetretene Rückgang der Bezieherzahl zum Teil in wirtschaftlicher Not begründet sein, vielfach aber muß hier doch wohl auch mangelndes Verständnis für die Lage des Zeitungsgewerbes mitgesprochen haben. Die großen Preissteigerungen, zu denen sich die Zeitungen jetzt genötigt sehen, sind unter diesen Umständen immer noch bei weitem kein Ausgleich für die veränderten Verhältnisse, und die von Monat zu Monat wachsende Verlustliste des Zeitungsgewerbes beweist deutlich, wie die Verhältnisse sich zuspitzen. Ueber ein Drittel der deutschen Zeitungen und Zeitschriften sind bisher im Jahre 1921 eingegangen oder mit anderen Blättern vereinigt worden, und von den übrigen stehen sehr viel in kürzester Zeit vor dem Ende ihrer finanziellen Kraft. Dabei ist leider damit zu rechnen, daß die Steigerung aller Selbstkosten in beschleunigtem Tempo weitergeht, und schon jetzt wird für allernächste Zeit eine wesentliche weitere Erhöhung des Papierpreises infolge der Kosten für ausländischen Zellstoff angekündigt. Die Zeitungen haben nur die eine Möglichkeit, durch Steigerung ihrer Preise wenigstens annähernd die steigenden Selbstkosten auszugleichen.

Der **Papierpreis** in seiner Entwicklung seit dem Kriege wird durch folgende Tabelle wahrheitsgetreu veranschaulicht: er betrug pro Kilogramm

Juli 1914	0,21 Mark
Juli 1915	0,22 „
Mai 1916	0,30 „
Juli 1916	0,36 „
Juni 1917	0,38 „
November 1917	0,48 „
Juli 1918	0,54 „
November 1918	0,63 „
Februar 1919	0,68 „
Juli 1919	0,99 „
Oktober 1919	1,17 „
Januar 1920	1,95 „
März 1920	3,40 „
November 1921	3,48 „
Januar 1922	7,— „
April 1922	12,28 „
Juli 1922	20,— „
August 1922	28,— „
September 1922	70,— bis 80,— „

Oder auf den **Waggon Papier** umgerechnet, wie Dr. Carbe es im „Berliner Tageblatt" tut:

im August	1914	2 000 Mark
„ Januar	1922	69 975 „
„ Februar	1922	72 975 „
„ März	1922	82 475 „
„ April	1922	127 750 „
„ Mai	1922	158 975 „
„ Juni	1922	166 000 „
„ Juli	1922	200 000 „
„ August	1922	279 500 „

Für September werden gefordert 700 000 bis 750 000 Mark. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Wie ihnen gegenüber die Lebensfähigkeit der Presse behauptet werden soll, ist ein Rätsel.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1722 Mark.

—* **Opfer der deutschen Pressenot.** Am gestrigen Mittwoch ist die „Leipziger Gerichtszeitung" zum letzten Male erschienen. Nach annähernd 40jährigem Bestehen ist auch sie jetzt ein Opfer der Zeitungsnot geworden. — Das „Fuldaer Tageblatt" teilt mit, daß es infolge der Papierteuerung sein Erscheinen am 1. September einstellen werde. Es war früher Kreisblatt und erschien seit 1868. — Ein weitverbreitetes, angesehenes politisches Organ von ehrenvoller Vergangenheit, die „Tägliche Rundschau", war auf das schwerste gefährdet. In dem Wunsche, es zu erhalten, hat sich der Verlag an Hugo Stinnes gewandt. Im engsten Zusammenschluß mit dem Nachrichtenapparat der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" soll der Versuch gemacht werden, die „Tägliche Rundschau" weiter erscheinen zu lassen. Dem Personal ist gekündigt worden. — Wie gemeldet wird, zwingt die ungeheure Papierverteuerung die bisher zweimal erscheinenden Dresdener Tageszeitungen, am 1. September zum einmaligen Erscheinen überzugehen. Trotzdem muß der Preis noch erheblich erhöht werden. — Zu einer Westsächsischen Gemeinschaftszeitung haben sich in Glauchau sieben Zeitungsverleger von Glauchau, Meerane, Waldenburg, Lugau, Lichtenstein und Oelsnitz zusammengeschlossen. Die bisherigen Zeitungen sollen demnächst zu einer gemeinsamen Zeitung, die in Glauchau gedruckt wird, verschmolzen werden. Dem Personal wurde bereits zum Teil gekündigt.

—* **Sonderzug zwischen Riesa und Lommatzsch.** Anläßlich des Lommatzscher Schützenfestes verkehrt Sonntag, den 3. September 1922 ein Sonderzug zwischen Riesa und Lommatzsch mit 2. bis 4. Klasse ab Riesa 10,15, in Lommatzsch 10,53 Uhr abends; ab Lommatzsch 11,10, in Riesa 11,45 Uhr abends. Zur Mitfahrt berechtigen die gewöhnlichen Fahrkarten.

—* **Neuer Personenzug zwischen Riesa und Wurzen.** Ab 4. September 1922 verkehrt an Werktagen von Riesa nach Wurzen ein neuer Personenzug mit 3. und 4. Klasse ab Riesa 2,20, an Wurzen 3,25 Uhr nachmittags. Zug Nr. 470a ab Riesa 4,05 Uhr nachmittags entfällt hierdurch.

—* **Auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamtes Dresden** in der heutigen Nummer, die Bewertung der Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer betreffend, wird hingewiesen. Die Gemeindebehörden werden auf diese Neuregelung besonders aufmerksam gemacht.

—* **Margarine und Dollar.** Zu der gewaltigen Steigerung der Margarinepreise (250 bis 280 Mark für das Pfund) schreibt das „Berl. Tagebl.": Die enorme Steigerung der Verkaufspreise für Margarine, die sich mit einem kühnen Schwung über alle bisher üblichen Maßstäbe der Preissteigerung auf diesem Gebiete hinwegsetzt, wird offenbar mit der Dollarbewegung motiviert. Aber wie auf so vielen Gebieten des Warenmarktes haben es auch die Margarinefabrikanten jetzt anscheinend aufgegeben, der Dollarbewegung zu folgen, sondern sie sind jetzt dazu übergegangen, der Dollarbewegung vorauszueilen. Selbst wenn man den höchsten, Ende der vorigen Woche notierten Dollarkurs von 1970 Mark zugrunde legte, würde immer erst eine Steigerung der Margarinepreise auf 200 Mark für die billigste Sorte berechtigt sein, vorausgesetzt, daß man der Margarineindustrie überhaupt das Recht zubilligen wollte, ihre inländischen Verkaufspreise voll an die Valutabewegung anzupassen. Eine solche volle Anpassung erscheint aber keineswegs begründet, da nur die ausländischen Rohstoffe der Margarineindustrie im Ausmaß der Dollarsteigerung verteuert werden, während Löhne, Gehälter, Kohlen und Transportsätze weit hinter ihr zurückbleiben. Die Margarinefabrikanten sind aber noch erheblich über die Dollarparität hinausgegangen. Inzwischen ist der Dollar wieder auf 1600 und 1400 zurückgegangen, so daß nunmehr die Margarinepreise noch viel weiter über der Parität des Dollarkurses stehen. Wird jetzt ebenso prompt die Herabsetzung erfolgen, wie das vor einigen Tagen mit der Erhöhung der Fall war? Das Bedauerliche ist, daß durch den Margarinepreis auch der Preis für inländische Butter, die mit dem Dollar noch viel weniger zu tun hat, reguliert wird. Es zeigt sich immer mehr, daß eine Wuchergesetzgebung, die nur oder vorwiegend den Kleinhändler trifft, gar keinen Sinn hat. Die Kontrolle muß zugleich dort einsetzen, wo der Urgrund der Verteuerung liegt, nämlich bei der Produktion. — Eine heute früh aus Berlin vorliegende Meldung besagt: Wie aus Kreisen der Margarinefabrikanten gegenüber verschiedenen Hinweisen auf die in den letzten Tagen sehr stark verteuerte Margarine mitgeteilt wird, haben die Fabriken bereits Dienstag mittag beschlossen, entsprechend der Abwärtsbewegung des Dollars die Preise für die billigste Qualität auf 178 Mark herabzusetzen.

—* **Warnung vor Zuckerwucher.** Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft macht darauf aufmerksam, daß der Preis für Inlandzucker seit dem 1. Juli auf 18 Mark ab Fabrik für das Pfund festgesetzt ist. Eine Erhöhung dieses Preises ist bisher nicht eingetreten und auch nicht beabsichtigt. Wer Inlandszucker zu den hohen Preisen des Auslandszuckers verkauft, macht sich eines schweren Vergehens gegen die Wuchergesetze schuldig. Das Reichsministerium hat die Landesregierungen ersucht, die zuständigen Behörden auf die Ueberwachung der Zuckerpreise besonders hinzuweisen und insbesondere durch Stichproben in den Läden festzustellen, ob die Verkaufspreise angemessen sind. Der Handel sei daher erneut darauf hinzuweisen, daß der Verkauf von Inlandszucker zu den hohen Preisen des Auslandszuckers unzulässig ist, und daß er sich durch eine solche Handlungsweise eines schweren Vergehens gegen die Wuchergesetzgebung schuldig macht.

—* **70jähriges Bestehen der Riesa-Chemnitzer Eisenbahnlinie.** Am 1. September d. J. sind 70 Jahre vergangen seit Vollendung der Strecke Riesa—Chemnitz. Das Unternehmen lag ursprünglich in den Händen eines in Chemnitz zusammengetretenen Komitees. Am 1. Mai 1837 wurde daselbst die Ausführung der erzgebirgischen Eisenbahn von Zwickau über Chemnitz nach Riesa beschlossen und das Unternehmen erhielt in demselben Jahre die staatliche Genehmigung. Bald stellten sich Schwierigkeiten in der Beschaffung von Geldmitteln ein, sodaß sich die Staatsregierung genötigt sah, den vierten Teil des Aktienkapitales von 4 Millionen Talern zu übernehmen, zunächst mit der Beschränkung auf die Strecke Chemnitz—Riesa. Am 9. Mai 1845 wurde der Bau bei Riesa aufgenommen, am 29. August 1847 die Strecke Riesa—Döbeln, am 22. September desselben Jahres die Strecke Döbeln—Limmritz in Betrieb genommen. Da das ursprüngliche Aktienkapital sich als unzulänglich herausstellte, eine neue Anleihe einen Erfolg nicht erzielte, führten Unterhandlungen mit der Staatsregierung dahin, daß diese am 31. Dezember 1850 die Bahn übernahm, den stillgelegenen Bau wieder aufnahm und zu Ende führte. Die „Königliche Direktion der Chemnitz—Riesaer Staatseisenbahn" wurde von Döbeln nach Chemnitz zurückverlegt.

—* **Zur Frage der Landtagsauflösung.** Kultusminister Fleißner sagt in einem Artikel in der Dresdner unabhängigen „Volkszeitung", daß der sozialistische Antrag auf Verfassungsänderung zur Hinauszögerung der Landtagsauflösung wahrscheinlich nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden werde, und schreibt dann weiter: „Es bedarf aber eines solchen Verfahrens auch gar nicht, um dasselbe Ziel zu erreichen, nämlich die Auflösung des Landtages schon jetzt zu bestimmen, dem gegenwärtigen Landtag aber zugleich die Möglichkeit zu geben, bis kurz vor der Neuwahl weiterarbeiten zu können. Das ist die sogenannte befristete Auflösung. In der Verfassung steht darüber nichts. Ein solches Vorgehen ist also nicht verboten. Es muß demnach erlaubt sein. Der Landtag kann z. B. beschließen, daß er bis 25. Oktober tagt, sich an diesem Tage auflöst und am 29. Oktober die Neuwahlen vorzunehmen sind. Dann würde die Regierung nur ganz kurze Zeit ohne Fühlung mit dem Parlament sein." Zum Schlusse wendet sich Fleißner an die Kommunisten, um die für diesen Plan erforderliche einfache Mehrheit zustandezubringen, da die Demokraten für eine befristete Auflösung nur unter der Bedingung zu haben sind, daß keine politisch wichtigen Gesetze vom jetzigen Landtag mehr verabschiedet werden. Daß die jetzige Regierung gerade das beabsichtigt, gibt Herr Fleißner offen zu.

—* **Schwierigkeiten der Selbständigmachung im Handwerk.** In einer Zuschrift des Landesamtes für Arbeitsvermittlung an die interessierten Handwerkskörperschaften weist dieses darauf hin, daß die Aussichten für angelernte Bäcker zurzeit sehr ungünstig seien, da der Beruf mit Arbeitskräften überfüllt und zum anderen der Erwerb einer eigenen Bäckerei mit erheblichem Kapital verbunden ist. In einem Gutachten zu den hier angeschnittenen Fragen hat der Landesausschuß des Sächsischen Handwerks betont, daß die Aussichten auf Selbständigmachung nicht nur im Bäckergewerbe, sondern nahezu im gesamten Handwerk ungünstige seien, dieser Zustand aber nicht die Folge einer übermäßigen Lehrlingshaltung und Ueberfüllung sei, sondern in den ganzen wirtschaftlichen

SLUB Wir führen Wissen.

Verhältnissen und der Geldentwertung begründet liegt. Vornehmlich aus diesen Gründen und infolge der Ungunst unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist es heute den Inhabern von Handwerksbetrieben einfach nicht mehr möglich, dereinst, auch wenn sie alt und krank sind, ihren Betrieb zu verkaufen. Diese Tatsache im Verein mit dem Umstande, daß Neuanlagen von Betrieben äußerst selten vorkommen, bewirken, daß keine Handwerksbetriebe mehr frei werden, wodurch den Gehilfen die Selbständigmachung erleichtert würde. Um hier Abhilfe zu schaffen, ist der Landesausschuß in erster Linie seit jeher mit allen Kräften für den Ausbau der freiwilligen Altersfürsorge des gewerblichen Mittelstandes eingetreten. Doch können die hier bereits durch Selbsthilfe geschaffenen Einrichtungen erst dann mit gutem Erfolge durchgeführt werden, wenn Reich und Staat in Anerkennung des großen volkswirtschaftlichen Nutzens dieser Einrichtung entsprechende Beihilfen beisteuern, wie es bei der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiterschaft der Fall ist. Des weiteren könnte der bedauerlichen Erscheinung dadurch abgeholfen werden, daß die Regierung Mittel zur Verfügung stellt, aus denen strebsamen Gehilfen Darlehen zur Selbständigmachung gewährt werden können. Jedenfalls ist das Handwerk an diesen Fragen aufs äußerste interessiert und erwartet, daß die Vorschläge von der Regierung in ernste Erwägung gezogen werden.

—§§ **Ueberwachung der Schlachtviehmärkte.** Die sächsische Landespreisprüfungsstelle in Dresden beschäftigt sich seit längerer Zeit mit den Verhältnissen auf den Schlachtviehmärkten. Die fortdauernd steigenden Viehpreise haben den maßgebenden Regierungskreisen wiederholt zu eingehenden Beratungen mit den Angehörigen des Viehhandels, des Fleischergewerbes und der Verbraucher-Organisationen Veranlassung gegeben, ohne daß bisher ein Erfolg hinsichtlich der Schlachtviehpreise erzielt werden konnte. Die andauernde Geldentwertung verhindert gegenwärtig die Herbeiführung einer Herabsetzung der Viehpreise. In verschiedenen sächsischen Städten, z. B. in Chemnitz und Zwickau, ist man jetzt auf Veranlassung der dortigen Preisprüfungsstellen dazu übergegangen, die Schlachtviehmärkte regelrecht zu überwachen, um auf Grund der von den Viehhändlern vorzulegenden Unterlagen die Schlachtviehpreise zu kontrollieren. Die Landespreisprüfungsstelle Chemnitz hat nun, wie wir hören, beim sächsischen Wirtschaftsministerium angeregt, eine derartige Ueberwachung der Schlachtviehmärkte für ganz Sachsen einzuführen. Diesem Ersuchen wird, wie bestimmt verlautet, seitens der Landespreisprüfungsstelle schon in allernächster Zeit entsprochen werden. Auch der jetzt in Dresden abgehaltene Obermeistertag im Bezirksverein Sachsen des Deutschen Fleischerverbandes, der von fast sämtlichen Innungen des Freistaates Sachsen besucht war, beschäftigte sich mit den hohen Vieh- und Fleischpreisen. Obermeister Werner-Rochlitz berichtete zunächst über die schwierigen Verhältnisse, welche das Fleischergewerbe gegenwärtig durchzumachen habe; die Kleinverkaufspreise hielten und könnten nicht Schritt halten mit dem sprunghaften In-die-Höheschnellen der Viehpreise. Es sei dringend nötig, daß nicht nur die Obermeister, sondern auch die Mitglieder unter sich aufklärend dahin zu wirken versuchten, vor allen Dingen genau zu kalkulieren, damit die Betriebsmittel nicht alle werden, ehe es zu spät sei. — Es entspann sich alsdann eine rege Aussprache, vor allen Dingen auch über die Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über die Fleischversorgung vom 18. April 1922 und die dadurch erlaubte Wiedereinführung eines Schlußscheines an den Schlachtviehmärkten im Freistaat Sachsen. Sämtliche Obermeister sprachen sich gegen den Schlußschein aus, weil er eine neue Belastung für das Fleischergewerbe darstelle und niemand, weder der Produzent noch der Konsument, einen Nutzen daraus haben würde. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, beim sächsischen Wirtschaftsministerium dahin vorstellig zu werden, die Verordnung wegen Einführung des Schlußscheines auf den Schlachtviehmärkten im Freistaat Sachsen aus den angeführten Gründen gar nicht in Kraft treten zu lassen.

—* **Die Sichtvermerke auf den Pässen für Ausländer.** Es besteht vielfach Unklarheit über die Bedeutung der von den deutschen Vertretungen im Auslande ausgestellten Sichtvermerke auf den Pässen für Ausländer. Zu unterscheiden sind drei Arten derartiger Sichtvermerke: 1. Sichtvermerke, auf Grund deren die Einreise für begrenzte Zeit gestattet wird; 2. Sichtvermerke, die zur wiederholten Ein- und Rückreise zwecks vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland, sogenannten Dauerreisen berechtigen; 3. Sichtvermerke, die zur Einreise zwecks dauernden Aufenthalts und Begründung einer Niederlassung in Deutschland ermächtigen. Die Rechtswirkungen dieser Sichtvermerke sind verschieden. So wird z. B. in Sachsen zur Veräußerung von Grundstücken an Ausländer, die nur einen Sichtvermerk der ersten oder zweiten Art besitzen, nicht die behördliche Genehmigung erteilt. Sichtvermerke der dritten Art werden nur solchen Ausländern erteilt, denen die zuständige deutsche Polizeibehörde, in Sachsen die Kreishauptmannschaft, die Aufenthaltserlaubnis gegeben hat.

—* **Bettkartenpreise.** Vom 1. September 1922 ab werden die Bettkartenpreise für die bahneigenen Schlafwagen wie folgt festgesetzt: 1. Klasse 500 M., 2. Klasse 250 M., 3. Klasse 150 M. Gleichzeitig werden die Vormerkgebühren erhöht auf: 50 M. für die 1. Klasse, 25 M. für die 2. Klasse und 15 M. für die 3. Klasse. Die Vorverkaufsfrist für Bettkarten wird auf 14 Tage verlängert.

—* **Sportliche Veranstaltungen** unterliegen der Vergnügungssteuer, wenn sie den Charakter von Schaustellungen haben. Sie dienen dann nicht mehr „ausschließlich" der Jugendpflege oder der Leibesübung. Sie sind also in diesem Falle steuerpflichtig auch dann, wenn die Veranstaltung nicht gewerbsmäßig dargeboten wird und wenn der Reinertrag zu Zwecken der Jugendpflege oder Leibesübung verwendet wird. In diesem Sinne hat, wie die „Dresdn. Nachr." mitteilen, das sächsische Oberverwaltungsgericht, 2. Senat, in einem Urteil vom 3. August 1922 auf die Anfechtungsklage eines Sportvereins entschieden, der wegen eines Fußballwettspieles, zu dem Eintrittsgeld erhoben wurde, zur städtischen Vergnügungssteuer in Dresden herangezogen worden war.

—* **Das Ende der postalischen Germania.** Der Verkauf der Postkarten, Kartenbriefe und Postanweisungen mit dem Wertstempel des Germania-Bildes wird ebenfalls, wie der der Freimarken dieser Ausgabe, Ende September eingestellt. Nach diesem Zeitpunkte in den Händen des Publikums befindliche derartige Vordrucke, sowie auch Briefumschläge und Streifbänder mit eingedrucktem Wertstempel sollen mit Rücksicht auf ihren hohen Herstellungswert aufgebraucht werden dürfen. Ein Umtausch erfolgt deshalb nicht.

—* **Neue Ausgabe des Reichs-Kursbuchs.** Die Nachrichtenstelle der Ober-Postdirektion Dresden teilt mit: Vom Reichs-Kursbuch wird Anfang Oktober eine neue Ausgabe erscheinen, deren Preis infolge der seit Mai eingetretenen erheblichen Steigerung der Löhne und Rohstoffpreise auf 345 Mark hat festgesetzt werden müssen. Das Reichs-Kursbuch, das bisher im Verlag von Julius Springer in Berlin erschien, wird künftig vom Reichspostministerium selbst verlegt und kann für die Winterausgabe nur durch die Postanstalten bezogen werden. Einrichtung und Zuverlässigkeit des Reichs-Kursbuchs werden als auf höchster Stufe stehend im In- und Ausland anerkannt. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und bestellenden Boten entgegen.

Neubestellungen für September

zum Bezuge des Riesaer Tageblattes durch Post oder durch Zeitungsträger können Sie heute noch bewirken. Bestellungen zur Vermittelung an die Zeitungsausträger nimmt auch die Tageblatt-Geschäftsstelle, Goethestr. 59, jederzeit entgegen.

—g. **Radebeul.** Ein großer Einbruch wurde in der Mittwochnacht in einer Villa auf der Wettinstraße verübt, und dabei Silber- und andere Sachen von sehr hohem Werte gestohlen. Es handelt sich offenbar um die gleichen Täter, die in letzter Zeit wiederholt Villeneinbrüche in den Lößnitzortschaften verübten. — In gleicher Nacht wurde in Radebeul-Serkowitz ein Lebensmittelgeschäft regelrecht ausgeplündert. — Unregelmäßigkeiten von ganz erheblichem Umfange ließ sich ein Markthelfer der Firma Bergmann & Co. zuschulden kommen, der beträchtliche Mengen Seife und Parfüm nach Berlin verschob, dort konnten von der Kriminalpolizei sieben Personen ermittelt werden als Hehler und dergleichen. — Im vorgenannten Betriebe erwies sich ferner eine Direktrice als recht unehrlich, die auch in bedeutendem Umfange Diebereien beging.

Dresden. Zu großen Tumultszenen kam es Dienstag abend in einem hiesigen Lokal anläßlich einer Protestversammlung der USP. gegen die Moskauer Todesurteile. Der Saal war überfüllt, mehr jedoch von Kommunisten als von den USP.-Leuten. Reichstagsabgeordneter Dr. Rosenfeld, einer der Verteidiger im Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, schilderte seine Reise nach Moskau und die Gefahren in Rußland. Er betonte vor allem die feindliche Haltung der Sowjetregierung gegenüber den deutschen Verteidigern, worauf die im Saal anwesenden Kommunisten mit furchtbarem Gebrüll antworteten. Kaum hatte der Redner einige Sätze weiter gesprochen, als der Lärm so stark wurde, daß der Vortragende minutenlang aussetzen mußte. Es kam schließlich zu Handgreiflichkeiten, die von einem unerhörten Lärm begleitet waren. Mit Mühe und Not gelang es, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen, so daß der Referent in seinen Schilderungen fortfahren konnte. Mit den Moskauer Todesurteilen sei den bürgerlichen Parteien die beste Waffe in die Hand gegeben, um die Amnestierung von Hölz zu verhindern. Es wurde eine Entschließung verlesen, die sich scharf gegen die Moskauer Todesurteile aussprach. Sie wurde angenommen, obwohl die Kommunisten mit Johlen und Pfeifen versuchten, es zu verhindern. Die Kommunisten stimmten die Internationale an, dann folgte ein kommunistisches Lied dem anderen. Es blieb nichts anderes übrig, als die Versammlung zu schließen, obwohl sich noch 14 Redner zum Wort gemeldet hatten.

Dresden. In der Villnitz-Pirnaer Gegend wird, wie man den „Dresdn. Nachr." meldet, die Landwirtschaft durch Brandbriefe an einzelne Besitzer aufs höchste beunruhigt. Lediglich einer Brandstiftung, keinem Racheakte, ist auch die große Scheune des Rittergutes Schönfeld zum Opfer gefallen. Das Bedauerlichste ist, daß bei jedem solchen Brande wertvollste menschliche Nahrung vernichtet wird. Aber das ist ja gerade der Zweck der Verbrecher, die Allgemeinheit zu schädigen. Die Absender der Brandbriefe gehen sogar so weit, nicht nur mit Brandlegungen, sondern sogar mit Angriffen auf das Leben der Besitzer zu drohen. Wie unheimlich das verbrecherische Treiben um sich greift, ersieht man daraus, daß in der Nacht zum Dienstag in Großcotta die zum dortigen Rittergute gehörige Scheune vollständig eingeäschert wurde. Als Entstehungsursache kommt nur Brandstiftung in Frage. Mitverbrannt sind etwa 300 Ztr. Weizen, 200 Zentner Hafer, eine größere Menge Gerste und vier mit Weizen beladene Wagen.

X **Pirna.** Im benachbarten Kleinsedlitz schied dieser Tage infolge Gasvergiftung ein 24jähriges Mädchen aus dem Leben. Am Montag abend erschien nun bei dem Vater der Verstorbenen der 24 Jahre alte Bräutigam, um noch einmal die Tote zu sehen. Noch ehe es die Anwesenden verhindern konnten, jagte sich der junge Mann eine tödliche Kugel in den Kopf.

Kripp en. Die Brücke zur Fähre stürzte am Sonntag abend infolge zu starken Andranges von Vogelwiesenbesuchern zusammen. Die darauf Stehenden stürzten ins Wasser, zum Glück ist aber niemand ertrunken.

Bad Schandau. Am Sonntag ereigneten sich im Gebiete der Sächsischen Schweiz wieder einige Abstürze. Hinter dem Zeughause stürzte ein junger Dresdner Kraxler vom Sonnwendstein ab und zog sich einen Unterschenkelbruch zu, während beim Falkenstein ebenfalls ein junger Dresdner Kraxler abstürzte und sich das Becken und Kinn verletzte. — Der vor einigen Tagen an der Nordwand des Friedrich-August-Felsens abgestürzte Dentist Kurt Wilke von hier ist im Stadtkrankenhause den erhaltenen schweren Verletzungen erlegen.

Bautzen. Von sämtlichen Bautzner Schulkindern sind durch die Eltern nur 57 vom Religionsunterricht abgemeldet worden, d. i. etwa 1 Prozent. In der katholischen Schule ist in einem Falle von der Befreiung Gebrauch gemacht worden. Eine Umfrage hat ergeben, daß von den Eltern der 57 Schüler sich insgesamt 33 für den Moralunterricht ausgesprochen haben. Der Schulausschuß hat daraufhin beschlossen, ab Michaelis Moralunterricht in den Volksschulen einzuführen.

Zwickau. Die Stadtverordneten nahmen einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, durch ortsgesetzliche Maßnahmen eine sorgfältige Kontrolle der Preisbewegung der lebensnötigen Bedarfsartikel, sowie die schärfere steuerliche Erfassung von Luxus-Schankstätten (Likörstuben, Weindielen usw.) in die Wege zu leiten; durch Bereitstellung entsprechender Mittel die Ernährungs- und Existenzmöglichkeit der Minderbemittelten und Arbeitslosen, sowie die Unterbringung von Wohnungslosen zu sichern und den Rat zu ersuchen, dem Kollegium alsbaldigst geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Angenommen wurde weiter ein kommunistischer Antrag, weitere 8 Millionen Mark zur Unterstützung Minderbemittelter bereitzustellen und das Freibankfleisch an Minderbemittelte zum zehnten Teile des im Handel geltenden Preises abzugeben.

Zwickau. In einer Besprechung zwischen Viehhändlern, Fleischern und Vertretern der Preisprüfungsstelle ist beschlossen worden, zur Vorbereitung eines möglichst reibungslosen Verlaufes des Viehmarktes eine Kommission, bestehend aus drei Händlern, drei Fleischern und drei Verbrauchern einzusetzen, die am Tage vor dem Markte auf Grund der Unterlagen der Händler die angemessenen Handelspreise ermittelt.

* **Hohenstein-Ernstthal.** Bei den Elternratswahlen an den hiesigen Schulen wurden 10 Vertreter der christlichen und 6 der sozialistischen Elternschaft gewählt.

Plauen i. V. Zu einem hiesigen Tüllweber, der abends in der 9. Stunde von seiner Arbeitsstelle nach Hause ging, gesellte sich ein Unbekannter, der ihn durch mehrere Straßen begleitete und ihn nach der Zeit frug. Der Tüllweber nahm seine Taschenuhr, eine goldene Herren-Rem.-Uhr von erheblichem Werte, aus der Westentasche und sagte dem Unbekannten, er möge selbst nachsehen, weil er nachts nichts sehen könne. Letzterer nahm die Uhr in die Hand und tat dann so, als stecke er sie dem Eigentümer wieder in die Westentasche, worauf er sich nach kurzer Zeit entfernte. Am nächsten Morgen bemerkte der Tüllweber dann das Fehlen der Uhr. Wahrscheinlich ist sie ihm bei der erwähnten Gelegenheit von dem Unbekannten gestohlen worden.

)(**Leipzig.** (Vor einem Buchdruckerstreik.) Die hiesigen Buchdrucker haben eine Urabstimmung über den Streik beschlossen. Die Abstimmung wurde Mittwoch vormittag vorgenommen. Die Auszählung der Stimmen soll heute erfolgen. Falls der Streik beschlossen werden soll, soll er am 4. September beginnen. Für den Streikfall soll die gesamte Leipziger Presse einschließlich der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse stillgelegt werden. Auch das Organ der Buchdrucker selbst „Der Korrespondent". Gefordert wird eine Verdoppelung der am 15. August gezahlten Löhne.

Leipzig. Der 68jährige General d. Inf. v. Francois ist, wie dem „Berl. Lokalanzgr." aus Leipzig berichtet wird, am Dienstag nach einem militärischen Vortrage in Zwenkau bei Leipzig von einer in den Saal eingedrungenen Rotte überfallen und schwer mißhandelt worden.

* * *

Zella-Mehlis. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Walzberschen Waffenfabrik. In der Härterei explodierte eine Acetylenflasche. Durch den ungeheuren Luftdruck wurde das Gebäude gehoben und stürzte in sich zusammen, die darin beschäftigten Arbeiter unter sich begrabend. Dabei wurde der Büchsenmacher Hengelhaupt getötet; 12 Personen mußten wegen schwerer Verletzungen nach Suhl ins Krankenhaus geschafft werden. Gegen 30 Personen trugen leichtere Verletzungen davon. In den anliegenden Gebäuden wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Altenburg. Wie leichtsinnig manchmal mit giftigen Pilzen umgegangen wird, beweist ein Vorkommnis auf dem hiesigen Wochenmarkt. Dort hielt eine Händlerin aus Drescha gemischte Pilze feil. Eine Arbeitsfrau hatte von dieser Händlerin 1½ Pfund gekauft. Sicherheitshalber ließ

Berliner Notizbuch.

Berlin, im August.

Der Flaschenkurs.

Der Dollar, augenblicklich Despot in Mitteleuropa, hat in Berlin einen Konkurrenten. Eine unansehnliche, unzebenbürtige, in das Familienbuch der Valuta nicht eingetragene Schwester. Sie heißt: die Flasche, und wie der große Bruder spuckt und zuckt, hat sie ihm getreulich abgeguckt. Diese Flasche ist sozusagen der Dollar des kleinen Mannes. So weit das Berliner Auge reicht und sein Horizont ist gegenwärtig nicht sehr weit, er ist im Schaufenster mit Preisaufschriften begrenzt, sieht es Ankündigungen: „Kaufe leere Flaschen zu höchsten Tagespreisen." Die Flasche ist Spekulationsobjekt geworden. Ihr Wert steigt von Tag zu Tag. Die leere Pulle geht mit dem Dollar, sie geht mit der Politik. Ganz egal, mit welchem Geist sie einmal gefüllt war, wenn sie leer ist, wird sie Gegenstand von Hausse und Baisse. Wer klug ist, hält Flaschen, um sie, wenn der Flaschenkurs anzieht, auf den Markt zu werfen, was bei einer Flasche allerhand bedeuten will. Wem Kapital und Atem fehlt, um in Dollars zu haussieren, der tuts in leeren Weinflaschen. Hausfrauen sind von dem Flaschenfieber ebenso ergriffen, wie Feinkostbesitzer, Wirte und Althändler. Man kann ein kleines Vermögen in alten Flaschen verdienen und verlieren, und wer Pech hat, wird sich dabei den Flaschenhals brechen. Wo die Kurse von alten Flaschen „gesprochen" werden, weiß niemand; so um die Mittagszeit sind sie eben da und einer sagts dem andern, wie heut alte Flaschen stehen. Der Kurs läuft nur langsam durch Groß-Berlin, gleichsam mit der Flaschenpost, aber schließlich erfährt doch jeder wie die Flasche Geld oder Brief notiert. Und morgen wissen es schon andere Städte: Rotweinflasche Devise 18 Mark. Daß das scheinbare Wertlose, der Abwurf des täglichen Gebrauchs zum Wertobjekt aufstieg, daß es sogar Gegenstand der Spekulation wurde, ist ein Zeichen der Zeit. Im Zirkus der Dollartisten spielen die Flaschenspekulanten die Clowns.

Die Eindecker.

Markt. Düfte von Obst und Früchten. In der Sommerwärme geht Rindfleisch und Schweinekoteletts zusehends den Weg alles Irdischen. Hühnereier liegen melancholisch in ihren Körben und warten auf das Steigen der Preise. Seifen schwitzen und glänzen verschmitzt, weil sie wissen, daß sie die Vorlehten ihres Stammes sind, und daß das Berlin von übermorgen Zeiten erlebt, die sich nicht gewaschen haben. Von Markt zu Markt wandernde Hausfrauen und Köchinnen schwirren schnatternd und gierig durch die engen Reihen zwischen den Verkaufsständen. Ergattern Konjunkturen, stürzen sich auf Reste, hamstern, decken sich ein. Stürzen, wie von Magneten angezogen, auf die Stände, wo noch ein preiswerter Artikel sich seiner Notierung zu Tode schämt. Sehen mit großem Mißvergnügen, daß die marktangestammte Hausfrau, die angestammte Küchin ihnen zuvorgekommen ist; rufen drohend, höhnisch, kampfbereit: „Ah, die Konkurrenz ist da!" Drängen sich vor, letzte Reste zu erraffen, der Stärkere siegt, füllt die Körbe. Krieg auf dem Markt! Wie furrende Flugzeuge stoßen die Stärkeren auf die Schwachen. Bombenangriff! Die „Eindecker" siegen im Vertikalangriff. Wie Tauben sind sie herangeflattert, beladen, wie Zeppeline aufgebläht, schwimmen sie davon.

Markt. Kehrausstimmung. Menschenleere Reihen. Abfall, zerkrümelte, zertretene Lebensmittelleichen. Unter den Verkaufsständen hocken, gebeugten Rückens, die Armseligen kramen aus Staub und Matsch verfaulte Pflaumen, verstreute Knochen, zerquetschte Mohrrüben. Lebensmittelleichen für eine Scheinmahlzeit der Hungrigen. In ihr mühseliges Suchen und gieriges Greifen fällt der Hohnruf der Stärkeren. Die „Eindecker", die von Markt zu Markt ziehen, die faule Pflaumen für ein Dauermus hamstern, die den angestammten Marktkhyänen den armseligen Raub streitig machen, erscheinen auf dem Plan. Konstatieren. „Ah, die Konkurrenz ist da!" Stoßen wie furrende Flugzeuge auf die Schwachen. Bombenangriff. Die „Eindecker" siegen im Vertikalangriff. Wie bettelnde Tauben sind sie angeflogen, beladen wie Zeppeline, schwimmen sie mit Verwesungslast an Bord davon.

Der Verschämte.

Straßenbild. Ein gut gekleideter junger Mann, unauffällig. Nur durch Zufall bemerke ich, wie er an eine Dame anrennt. Er zieht den Hut, entschuldigt sich. Vielleicht ist ihm bei dem Zusammenstoß etwas zur Erde gefallen. Aber zwanzig Schritte weiter karambolliert er schon wieder. Diesmal mit einem Herrn. Lüftet den Hut, entschuldigt sich, bückt sich. Und eine halbe Minute später wiederholt sich die Szene. Nanu? Ist dieser schlichte, gut gekleidete junge Mann betrunken? Und warum bückt er sich denn? Warum gibt er mir denn Rätsel zu raten? Ich bin ihm hinter sein Geheimnis gekommen. Der junge Mann ist Raucher. Und die Zigarette kostet 2 Mark. Und der junge Mann ist mit Hemmungen beschwert. Wenn er auf der Straße einen Zigarettenrest liegen sieht, hebt er ihn auf. Und damit niemand seine Absicht bemerkt, rennt er Passanten an. Spielt den zerknirschten, bittet um Verzeihung; markiert einen, dem bei dem Anprall etwas zu Boden fiel. Hebt das imaginäre Ding auf und hascht dabei unbemerkt nach dem Zigarettenrest. Nargilehschlürfende Paschas im fernen Osten, erbarmt Euch des verschämten Berliners. In seinen eilig greifenden Fingern zittert der Rhythmus unserer erbärmlichen Zeit. M. Pr.

SLUB
Wir führen Wissen.

sie die Pilze in der Beratungsstelle untersuchen, und dort wurde festgestellt, daß sich unter dieser verhältnismäßig geringen Menge mindestens 4—6 Sorten giftiger Pilze befanden. Die Polizei beschlagnahmte den Pilzvorrat und vernichtete ihn. Da nach eigenen Angaben der Händlerin von den Pilzen schon mehrere Pfund verkauft waren und die Vermutung bestand, daß die Pilze zum Mittagsmahl bestimmt waren, ließ die Behörde durch Ausrufen die Einwohnerschaft in Kenntnis setzen. Die Händlerin will die Pilze kurz vorher auf dem Markte von einer unbekannten Frau das Pfund für 7 Mark gekauft haben.

Der Elbeschiffahrtstag in Magdeburg.

Am 24. dieses Monats fand, wie schon kurz gemeldet, in Magdeburg der erste Elbeschiffahrtstag statt. Ueber die auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge berichtet der „Dresd. Ang.": Geh. Rat Prof. Dr.-Ing. Dr. H. **Engels** (Dresden) sprach über **die technischen Möglichkeiten der Niedrigwasserregelung der Elbe. Das eigentliche Problem der Elbe** sei, eine solche Wassertiefe zu erreichen, daß auch zu Zeiten niedrigster Wasserstände **Verkehrseinstellungen in Zukunft vermieden würden.** Im Laufe verschiedener Jahrzehnte seien die Forderungen der Additionalakte von 1844 erreicht worden; das Ziel von 1844 entspreche aber nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen; die Notwendigkeit der Niedrigwasserregelung sei besonders durch die Erfahrungen der trockenen Sommer von 1904, 1911 und 1921 unterstrichen worden. Auf der **sächsischen Strecke** sei schon viel geschehen; nun müsse auch die preußische in Angriff genommen werden, einmal durch Einbauten im Flußbett, dann aber auch durch Talsperren an der oberen Saale und im Berauntal (Böhmen). Für die Elbestrecke bis zur Saalemündung sei, um den Uebergang der Schiffahrt des Weser-Elbe-Kanals auf den Fluß zu ermöglichen, eine besondere Verbesserung in Aussicht genommen und man hoffe, daß die Wassertiefe hier nicht unter 1,95 Meter zurückgehen würde. Wann die **Mittel** für die Niedrigwasserregelung, die vor dem Kriege auf 90 Millionen geschätzt wurden, aufgebracht werden könnten, sei leider noch nicht abzusehen. Bei der heutigen Lage des Reiches seien derartige Pläne ohne die Erhebung von **Schiffahrtsabgaben** ziemlich aussichtslos.

Der zweite Redner des Tages, Syndikus Dr. **Dücker, Handelskammer Hamburg, behandelte die wirtschaftliche Bedeutung der Niedrigwasserregelung.** Leider sei der Elbeverkehr durch die Tarifpolitik der Reichsbahn in der Nachkriegszeit außerordentlich eingeengt und besonders die Massengüter von der Wasserstraße abgedrängt worden. Eine ausreichende Niedrigwasserregelung würde die Selbstkosten der Schiffahrt verringern und eine größere Stabilität der Frachten herbeiführen. Dann könnten sich die Spediteure fest auf die Elbe verlassen; das ganze Wirtschaftsgebiet der Elbe würde hiervon großen Nutzen haben.

Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Elbeschiffahrt, E. V., **Thiele** sprach über **die Elbe als Verkehrsstraße** und wies darauf hin, daß der **Rückgang der böhmischen Braunkohlenausfuhr** nach Deutschland für die Elbeschiffahrt ungefähr einen Verlust von zwei Millionen Tonnen Transportgut bedeute. Sachsen als Industrieland benutze den Wasserweg hauptsächlich für die Einfuhr seiner notwendigen Rohstoffe; die hochwertigen Fertigfabrikate gingen nur in beschränktem Umfang als Stück- oder Eilgut über die Elbe. Die **Provinz Sachsen** habe für ihren landwirtschaftlichen Teil früher sehr große Mengen Dünge- und Futtermittel auf der Elbe bezogen; aus valutarischen Gründen sei jedoch die Einfuhr fast verschwunden. Die Rohstoffe für die industrielle Mitte und Osten der Provinz, hauptsächlich Schwefelkies und Erze, seien infolge der **Tarifpolitik der Reichsbahn** zum größten Teil auf den Schienenweg abgewandert. Die deutsche **Kaliausfuhr** sei von 1913 bis 1920 um etwa 60 v. H. zurückgegangen. — Vielleicht könne die Elbeschiffahrt von der weiteren Ausdehnung des **Braunkohlenbergbaues** in der Provinz Sachsen und der **Industrien**, die sich auf der Kohle ansiedeln, einen Ausgleich für diesen Verlust erwarten. Für die Schädigung durch den Staffeltarif der **Reichsbahn** müsse man der Binnenschiffahrt einen tarifarischen Ausgleich bieten.

Ein japanischer Kreuzer gesunken.

Reuter meldet aus Tokio: Die japanische Admiralität gibt bekannt, daß der Kreuzer „Itaka" am 26. August in einem Taifun an der Küste von Kamtschatka mit fast der gesamten, 300 Mann zählenden Besatzung untergegangen ist.

Vermischtes.

Eine Frau erstochen, die andere verletzt. Ein noch völlig ungeklärtes schweres Verbrechen beschäftigte in der vorletzten Nacht die Berliner Kriminalpolizei. Vor dem Hause Gräfestraße 6 wurde auf dem Bürgersteige liegend die 30 Jahre alte ledige Martha Zimmermann aus der Gräfestraße 7 in einer großen Blutlache besinnungslos aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sie zwei tiefe Stichwunden in der Brust hatte. Sie wurde sofort nach dem Krankenhause am Urban gebracht, doch verstarb sie schon auf dem Wege dorthin. Die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben, daß sich die Zimmermann mit der 38 Jahre alten Ehefrau Anna Kreibe aus der Pankstraße 54 kurz nach 3 Uhr nachts auf dem Heimwege befunden hatte, als sie die tödlichen Messerstiche erhielt. Auch Frau Kreibe wurde durch einen Stich in den rechten Oberarm verletzt. Eine Vernehmung dieser Frau konnte noch nicht stattfinden.

In der Notwehr ihren Mann erschossen. In der vorletzten Nacht erschoß die 47 Jahre alte Ehefrau Klara Vetter ihren 54 Jahre alten Ehemann Max in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung Invalidenstraße 106 in Berlin und stellte sich sodann selbst der Polizei. Wie Frau Vetter, die mit ihrem Manne im Keller des Hauses eine Milchhandlung betreibt, angibt, kam dieser, wie meistens so auch in der vergangenen Nacht erst kurz vor 1 Uhr stark angetrunken nach Hause. Er habe sofort wieder Streit angefangen und sie auch mißhandelt. Schließlich habe er sogar zur Pistole gegriffen und sie damit bedroht. Sie habe nun versucht, ihm die Waffe zu entreißen, dabei sei der Schuß losgegangen und habe ihren Mann getroffen.

Von einem Schutzpolizisten niedergeschossen. In der vorletzten Nacht wurde auf einem Grundstück in Berlin-Schöneberg ein Maurerpolier erschossen aufgefunden. Eine Viertelstunde später wurden zwei Personen auf dem Wege durch die Vorwerkstraße von einem Mann mit einer Pistole angefallen und durch Schüsse verwundet. Der Schütze wurde gleich darauf festgenommen und als der Oberwachtmeister der Schutzpolizei, Maak, festgestellt. Die Täterschaft des Maak in beiden Fällen ist einwandfrei festgestellt. Die Beweggründe sind noch nicht aufgeklärt. Diese unerhörten Bluttaten beging der Beamte im angetrunkenen Zustande.

Sturmflut in Wangeroog. Das Nordseebad Wangeroog ist von einer Sturmflut heimgesucht worden. Die erste Welle kam mit großer Wucht gegen Mitternacht und zerstörte die gesamten Badeanlagen. Mittwoch Mittag folgte eine zweite Flut, die noch größere Zerstörungen anrichtete. Der Wert des zertrümmerten Materials beträgt mehrere Millionen Mark.

Erdbeben. In Algier wurde im Laufe des Dienstages ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. In der Umgegend von Tenes im Dorfe Chasserlou, das am 26. d. M. von einem Erdbeben heimgesucht worden war, stürzte ein schon gebrechliches Haus ein.

Bestechung bei städtischen Lieferungen. Das Schöffengericht Cüstrin verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, gegen den Kaufmann Max Busch i. Fa. Busch u. Larché, Berlin. Busch hatte 1918 die Bestechlichkeit des früheren städtischen Betriebsleiters Eugen Hielscher in Cüstrin benutzt, um große Mengen elektrischen Isolierrohrs aus Kriegsmaterial bei der Stadt Cüstrin unterzubringen. Während Hielscher amnestiert werden mußte, verurteilte das Gericht jetzt den Kaufmann Busch wegen Bestechung zu 10 000 Mark Geldstrafe.

Die Diamanten-Hamster. Diamanten sind gegenwärtig die begehrtesten Wertgegenstände, die es gibt. Das zeigt sich auf dem größten Diamantenmarkt der Welt, zu Hatton Garden in London, dadurch, daß eine große Nachfrage besteht und fast gar kein Angebot. Wie einer der ersten englischen Juwelenhändler ausführt, sind die schönsten und größten Juwelen in der ganzen Welt auf geheimnisvolle Weise verschwunden. Es muß eine Anzahl von „Diamanten-Hamsterern" geben, die die kostbaren Steine in möglichst großer Zahl an sich bringen und versteckt halten. „Wo die Diamanten hingekommen sind, wissen wir nicht," sagte der Fachmann, „aber es besteht ein erstaunlicher Mangel bei einer nie dagewesenen Nachfrage. Diamanten werden bald das Geld der Welt werden, wenn die Münzen und Banknoten weiter so an Wert verlieren. Reiche Amerikaner kaufen alle Steine, die sie bekommen können, und Japan ist ebenso ein unermüdlicher Käufer. Selbst nach schönen kleinen Steinen besteht große Jagd. Die Preise für Diamanten sind in den letzten vier Monaten um 10 bis 15 Prozent gestiegen und werden in Zukunft noch sehr viel mehr steigen, sodaß wir zu Weihnachten eine außerordentliche Teuerung in Juwelen erwarten dürfen. Alle die Kronjuwelen des russischen Zaren, die von den Bolschewisten verkauft wurden, sind von dem Markt aufgenommen worden, und erstklassige Diamanten sind heute fast nicht mehr erhältlich. Ein Mitglied meiner Firma, das sechs Wochen lang den Kontinent nach Juwelen bereiste, hat fast nichts mitgebracht. Die Deutschen hängen an ihren Diamanten wie die Kletten; sie wollen sie um keinen Preis verkaufen und halten die Edelsteine für die einzig sicheren Werte, die ihnen noch bleiben. Derselbe Geist herrscht in den andern Ländern."

Eine weittragende Entscheidung. Die Strafkammer in Ratibor verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, gegen den Installateur Stanislaus Kruk aus Loslau. Die Stadt Loslau plante Ende 1920 ein neues Elektrizitätswerk und entsandte den Angeklagten als Sachverständigen in die Kommission. Um den Auftrag konkurrierten Bergmann und die AEG., letztere vertreten durch Ingenieur Karl Joschke in Kattowitz. Als Joschke mit Kruk verhandelte, erklärte Kruk sofort, er müsse persönlich verdienen, denn „der Schornstein müsse rauchen". Joschke ließ sich dazu hinreißen, dem Kruk 40 000 Mark zu versprechen, falls die AEG. den Auftrag erhalte. Kruk erhielt auch sofort 12 000 Mark. Die Strafkammer ging über die Auffassung des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, daß das Wettbewerbsgesetz anzuwenden sei, hinaus. Es liege Beamtenbestechung vor. Kruk sei Mitglied einer städtischen Deputation. Wenn er auch weder Stadtverordneter sei, noch vereidigt worden sei, so sei er doch kraft besonderen Auftrags „Beamter" im Rechtssinne. Das Urteil lautete gegen Kruk wegen passiver Beamtenbestechung auf zwei Monate Gefängnis und Einziehung von 12 000 Mark. Joschke erhielt unter Zubilligung mildernder Umstände 6000 Mark Geldstrafe.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 31. August 1922.

Landtag und Volksentscheid!

—g. **Dresden.** Der Aeltestenausschuß des Landtages, der erst gestern zur Frage der Wiedereinberufung des Landtages zur Entscheidung über sofortige oder befristete Auflösung beriet, hat die nächste Vollsitzung für den 14. September anberaumt, und nicht, wie bereits mehrfach in der Presse berichtet worden ist, auf den 6. September. Ob dann die eine Sitzung genügen wird, die Entscheidung über diese wichtige Frage herbeizuführen, oder ob weitere Vollsitzungen nötig sind, dürfte sich erst im Laufe der Landtagsverhandlungen selbst ergeben.

Der Standpunkt der deutschen Regierung.

* **Berlin.** Der „Vorwärts" schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe unter der Ueberschrift „Grenze der Erfüllungsmöglichkeit" u. a.: Das erste Zusammentreffen der deutschen Unterhändler in Paris mit den Vertretern der Reparationskommission am Mittwoch vormittag läßt den in der letzten Zeit von der ausländischen Presse zum Ausdruck gebrachten Optimismus wenig berechtigt erscheinen. Die Reparationskommission steht dem letzten deutschen Vermittlungsvorschlag nicht direkt ablehnend gegenüber, aber sie gedenkt vorläufig auch nicht, ihn als Basis zur Bewilligung eines von Deutschland verlangten Moratoriums zu machen. Der letzte deutsche Vorschag wird in Paris nur als Garantie für die deutschen Sachlieferungen betrachtet, sodaß man als Garantie für die Stundung der Barzahlungen neue Forderungen aufstellen müßte. Das Reichskabinett befaßte sich am Mittwoch abend auf Grund der neuen aus Paris gekommenen Mitteilungen nochmals mit der Reparationsfrage. An der Auffassung der Reichsregierung hat sich nichts geändert.

Konferenz der interparlamentarischen Union.

)(**Wien.** In der gestrigen Sitzung der interparlamentarischen Union erstattete Burton-Amerika Bericht über die Washingtoner Konferenz und unterbreitete eine Resolution, in der die Mitglieder der interparlamentarischen Union dem Uebereinkommen betreffend Einschränkung der Rüstungen zur See, Schutz der Neutralen zur See sowie Verbot giftiger Gase zustimmen. Die interparlamentarische Union unterstütze gern das Werk der Konferenz und alle Uebereinkommen, die auf Vermeidung eines Krieges oder auf Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern hinziele. Bernstein-Deutchland unterzog die Haltung der Franzosen auf der Washingtoner Konferenz der Kritik und erklärte, die Furcht Frankreichs vor einer erneuten deutschen Invasion sei unbegründet. Die deutsche sozialistische Arbeiterschaft habe den festen Willen, nie wieder Krieg zu führen, doch erwarte sie eine Erleichterung der Bedingungen und erhoffe von der Verständigung der Nationen Gerechtigkeit in vielen Punkten. (Lebh. Beifall.) Schließlich wurden die Resolutionen des Berichterstatters angenommen. Zu Punkt 9 der Tagesordnung, geistige Zusammenarbeit, betont Professor Eichoff-Deutschland, die Wissenschaft sei voraussetzungslos. Sie müsse daher von allen Schranken befreit werden, worauf man gerade in Deutschland den größten Wert lege. Ueber das Thema „Einschränkungen der Rüstungen" berichtete Moutet-Frankreich. Er sagte, der Ruf Bernsteins „Nie wieder Krieg!" müsse zur Parole jedes Einzelnen auf der ganzen Welt werden. Wenn er als Franzose die Friedensverträge auch nicht im Prinzip mißbillige, so trügen sie doch die Marke der Gewalt auf der einen Seite, um den Siegern die Aufrechterhaltung ihrer Armee zu ermöglichen, andererseits aber, den Besiegten eine vollständige Entwaffnung aufzuzwingen, und zögen damit den Gedanken der Rache groß.

Die türkische Offensive.

)(**Athen.** Kriegsminister Theotokis und Innenminister Stratos sind gestern nach Smyrna abgereist, um mit dem Oberkommandierenden zu beraten. Den Blättern zufolge vollzog sich die Räumung der griechischen Stellungen in vollkommener Ordnung. Alles Kriegsmaterial und Eisenbahnmaterial wurde in die neuen Stellungen herübergenommen, von wo aus die Artillerie die Stadt Kara Hissar beherrscht.

)(**Paris.** Aus Angora wird berichtet, daß die Stadt Eskischehir von der türkischen Kavallerie nach erbittertem Kampfe besetzt wurde. Der türkische Vormarsch dauere in allen Abschnitten an und erreiche in seiner größten Tiefe 70 km. (Siehe auch in der Beilage.)

)(**Adana.** Nach Meldungen aus Angora nahmen die Türken Besitz von den griechischen Stellungen im Okäanderabschnitt und machten zahlreiche Gefangene. Die Griechen ziehen sich im Abschnitt Afium-Kara-Hissar zurück. Die Türken ergriffen Besitz von den Stellungen im Südwesten von Levanlar (?).

Die Vorgänge in Zentralasien.

)(**Paris.** Havas meldet aus Buchara Einzelheiten über die Vorgänge in Zentralasien. Danach sei Enver Pascha, der den Oberbefehl über die aufständischen Truppen übernommen habe, im Mai d. J. von den Deputierten zum Emir von Buchara ernannt worden. Infolge seiner Popularität sei es ihm gelungen, den Anschluß der gesamten Bevölkerung an die nationale Regierung zustande zu bringen. Nach den letzten Wahlen hat sich ein anderer revolutionärer Führer, Fürst Schir-Mohammed Bey, mit einer Armee von 80000 Mann Enver Pascha angeschlossen, dessen Heer nunmehr 150000 bewaffnete wohlausgerüstete Leute umfaßt. Nachdem Sowjetrußland infolge des Ultimatums Enver Paschas die Unabhängigkeit des neuen Staates anerkannt hat, wird nunmehr die Grenze des unabhängigen Turkestan gebildet durch das chinesische Turkestan im Osten, Afghanistan und Persien im Süden und die russischen Provinzen am Kaspischen Meer im Westen. Im Norden verläuft die Grenze parallel mit dem Aralsee und umfaßt die Städte Buchara und Samarkand.

Von einer Granate zerrissen.

)(**Paris.** Den Morgenblättern zufolge wurde von zwei Arbeitern der Untergrundbahn, die mit der Ueberwachung der Schienen beauftragt sind, gestern eine Granate auf den Schienen gefunden. Als einer der Angestellten die Granate aufheben wollte, explodierte sie und zerriß ihn in Stücke.

Parmentiers Verhandlungen in Amerika.

)(**Paris.** Der „Matin" teilt mit, die amerikanischen Delegierten hätten Parmentier gegenüber ihren Standpunkt nicht geändert. Sie hätten vielmehr von Frankreich verlangt, daß es die Regelung seiner während des Krieges aufgenommenen Schulden durch den Abschluß von Vereinbarungen im Rahmen eines Bundesgesetzes ins Auge fasse. Parmentier habe, seinen Instruktionen entsprechend, darauf hingewiesen, daß es der französischen Regierung, solange die Reparationsfrage nicht geregelt sei, unmöglich sei, derartige Vereinbarungen zu treffen.

Die Bedeutung der heutigen Entscheidung.

)(**Paris.** Brice schreibt im „Journal": Außer in dem immerhin möglichen Fall, daß der 31. August der Tag der Geprellten wird, muß sein Datum unter die bedeutendsten einer Zeitspanne gestellt werden, die so viele wichtige Stunden aufweist. Was heute entschieden wird, ist etwas ganz anderes, als die Annahme oder die Ablehnung des Moratoriums auf einige Monate. Es ist die Bestätigung des Bankerotts einer Methode, die man bis zu dem heutigen Tag in der Reparationsfrage angewandt hat, und der Beginn eines neuen Zeitalters, in dem Frankreich die Direktiven anzugeben für sich in Anspruch nimmt, und in dem sogar die Zukunft der Entente auf dem Spiele steht.

)(**London.** Die Berichte des englischen Korrespondenten in Paris über die heute zu erwartende Entscheidung in der Moratoriumsfrage lauten keineswegs sehr zuversichtlich. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, augenblicklich sei die Spannung stark. Es könne nicht mit Sicherheit gesagt werden, was heute geschehe. Bradbury habe dem Berichterstatter zufolge am Schlusse der gestrigen Erörterungen erklärt: Wenn wir einen einstimmigen Beschluß erzielen, so wird das Ergebnis für jedermann befriedigend sein. Wenn jedoch die Entscheidung durch einen Mehrheitsbeschluß zustande kommen sollte, so wird sie nicht befriedigend sein. Dubois habe erklärt: Ich kann nicht sagen, daß unsere Eindrücke nach Anhören der Deutschen schlecht sind.

Ein russisches Amt für Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

)(**London.** Nach einer Meldung aus Moskau wird dort demnächst ein Büro eröffnet, das Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen an Privatpersonen erteilt, die mit dem Auslande Handel zu treiben wünschen.

Zum Untergang des Dampfers Itata.

)(**Santiago de Chile.** Bei dem Schiffbruch des Dampfers „Itata" sind 18 Personen gerettet worden. Die Zahl der Toten beläuft sich auf ungefähr 300.

Turnen, Sport und Spiel.

Ausländische Wißbegierde im motorlosen Fliegen. Aus der Rhön wird gemeldet, daß in letzter Zeit auffallend viele Ausländer, vor allem Franzosen, dort eintreffen, um die Versuche mit motorlosen Flugzeugen zu beobachten. Von deutscher Seite konnte rechtzeitig darauf hingewiesen werden, daß die Flugzeuge von den ausländischen Interessenten sehr eifrig photographiert werden und daß namentlich die Franzosen bemüht sind, Pläne und Konstruktionen in die Hand zu bekommen. Die jungen deutschen Flieger, die nicht gewillt sind, sich durch Schmarotzer um den Preis ihrer Arbeit bringen zu lassen, sind auf der Hut und haben veranlaßt, daß mehrfach Platten beschlagnahmt und vernichtet wurden.

Die tägliche Turnstunde. Der Turn- und Sportlehrer der Universität Gießen, Dr. Werner, hat eine längere Studienreise nach Schweden unternommen und seine Erfahrungen in der „Monatsschrift für Turnen, Spiel und Sport" niedergelegt. Er schreibt im ersten Leitsatz: „Die Grundlagen der körperlichen Erziehung in Schweden bildet die obligatorische tägliche Turnstunde in den Volks- und Mittelschulen (Gymnasium) sowie Seminaren. Der Einfluß dieses täglichen systematischen Turnens kann für Bildung und Gesundheit des Volkes gar nicht hoch genug angeschlagen werden. Es muß unbedingt versucht werden, in Deutschland die gleiche Turnstundenzahl einzuführen. Drei Turnstunden und ein Spielnachmittag von etwa drei Stunden wöchentlich erfüllen nicht den gleichen Zweck."

Saatgerste

Original Eckendorfer Mammuth, ist eingetroffen.

Ldw. Genossenschaft, Strehla.

Kohlenausgabe Riesa-Stadt

Sonnabend, 2. September, 7—11 Uhr vorm. Rest auf Juni und Juli. Riesa-Land in derselben Zeit: Rest auf Mai bis Juli und August.

C. F. Förster.

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Zentral-
Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: Macisto, der Mann der Kraft.

Ab Freitag bis Montag:

Fridericus Rex 2. Teil: Vater und Sohn.

Volle Kapelle.

Vorführungen: Werktags ab 6, 8, 10 Uhr, Sonntags ab 4 Uhr
— auch für Jugendliche. —

Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Anna Zach.**

Kammerlichtspiele
Hauptstraße

Nur noch heute: **„Begierde"** (Katia Nastjenko).
Ab morgen Freitag!
Der große Weltstadtspielplan!
2 Schlager! 2 Großfilme! 2 Schlager!

Erika Gläßner
die beste Filmhumoristin, daher der Liebling des Publikums, in ihrem Meisterwerke

Ihr Kammerdiener.

5 ganz verrückte Akte zum Wälzen. Ein Lustspiel, welches bisher noch nicht übertroffen worden ist. — Ferner der gewaltige amerik. Riesenfilm

Unter der roten Maske.

5 Teile zu je 6 Akten.

1. Teil: Der Geheimbund.

Tollkühne Sensationen wechseln mit prächtigen Landschafts- und Gesellschaftsbildern.

Ia Künstlerkapelle
bestehend aus dem beliebten Künstlertrio. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Künstlertrio zu jeder Vorstellung spielt und unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Cleber-Oschatz steht.

Täglich Beginn der Vorführungen ½7 und 9 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer **K. Mareck.**

Achtung! Ab Dienstag!

Im Reiche des weißen Elefanten.

Abenteuer aus dem Reiche der tausend Wunder.

Vereinsnachrichten

ATV. Sport-Abt. Freitag alle Mitgl. zur Vers. i. K.
Verein Erholung. 8 Uhr Generalvers. Café Möbius.
Ruderverein Riesa. Freitag, 1. September, 8 Uhr abends Mitgliederversammlung im Bootshaus.
Sächs. Militärverein I Riesa. Sonnabend, den 2. September, abends 8 Uhr Monatsversammlung im Kronprinz. Ausgabe der Denkmünzen.

M.-V. Artillerie, Pioniere und Train, Riesa.

Sonntag, 3. Sept., 11 Uhr vorm. Sammeln am Bahnhof. Abfahrt 11.43 nach **Stauchitz.** Von da ab **Fußmarsch nach Ostrau** (Jahnatal). Hierauf ein **Tänzchen.** Rückfahrt 7.47 abends ab Ostrau. Um zahlreiche Beteiligung mit werten Angehörigen wird gebeten. Gäste willkommen.

Von Freitag, den 1. September ab kostet die **Vollmilch im Kleinverkauf:**
ab Ladengeschäft u. Wagen: M. 21.— per Liter.
ab Hof des Erzeugers: M. 20.— per Liter.
Die **Mager- und Buttermilch** kostet:
ab Ladengeschäft: M. 10.— per Liter.

Molkereigenossenschaft Riesa
Rittergut Promnitz
Milchproduzenten Riesa.

---

1. Etage. Kein Laden. Die **1. Etage. Kein Laden.**

Herbst- und Winterneuheiten

sind eingetroffen bei

Olga Behr

Putzgeschäft Pausitzer Str. 15 — nur 1. Etage.
Größte Auswahl in **schicken Lederhüten,** sowie in **Lederimitationen,** ferner reichhaltiges Lager in **Plüsch- u. Velourhüten.**
1. Etage. Kein Laden. Umarbeitungen aller Art werden schnellstens ausgeführt. **1. Etage. Kein Laden.**

Bei doppelter Haltbarkeit 2—3 mal billiger als Ledersohlen sind

Gummisohlen

zum Aufkleben. Jede Größe, sowie wasserfesten **Klebestoff** hält vorrätig
Wilhelm Jäger, Bismarckstraße 53, 1.

Für mein **Manufakturwarengeschäft** suche für sofort oder später eine
tüchtige branchekundige

Verkäuferin

gegen hohes Gehalt (über Tarif). Nur erste Kräfte wollen ihr Angebot unter **B M 9362** im Tageblatt Riesa abgeben.

Deutscher Schäferhund ohne Halsband u. Steuermarke **verlaut.** Abzg. im **Versorgungsheim Riesa.** Vor Ankauf wird gewarnt.

Schwarze Damen-Handtasche
mit Stahlbügel Mittwoch abend auf dem Lorenzmarkt **abhanden gekommen.** Inhalt 2 Bund Schlüssel. Bitte geg. Bel. abzugeb. auf der **Polizeiwache in Gröba.**

Junges kinderl. Ehepaar sucht leeres oder möbl.
Zimmer
als Untermieter mit Kochgelegenheit. Angeb. u. **B R 9367** an Tagebl. Riesa.

1½ Jahr alter
Knabe
in gute Pflege zu geben. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Wohnungstausch
von Riesa nach Wurzen
4 Zimmer-Wohnung.
Offerten unter **B P 9365** an das Tageblatt Riesa.

Suche
möbl. Zimmer
zu zeitweiliger Benutzung ohne Bett zu mieten.
Gefl. Angeb. **vorklag. Riesa A L 19** erbeten.

Suche: 4—5 Zimmer-Wohnung in Riesa.
Biete: schöne, sonnige Wohnung (2 Stb., Kamm., Küche, Vorsaal, Elektr., Gas u. sehr reichl. Zubeh.) in verkehrsreichster Lage Riesas, nebst 2000 Mark Vergütung. Angebote u. **B Q 9366** an Tagebl. Riesa.

Vor dem Verderben

durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's
Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das **einfachste, billigste** u. trotzdem **ausgezeichnete** Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften!
Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker,
Bielefeld.

17—18jähr. Mädchen für den ganzen Tag zur
Aufwartung
gesucht. Gröba, Altrockstraße 24, pt. r.

Fleißiges, sauberes
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, 600 M. Gehalt monatlich und gute Kost, sucht Frau Schuldirektor **Feldmann, Mittweida,** Tschirnerplatz 11, 1.

Aelteres Mädchen
für sofort od. spät. **gesucht. Restaurant Germania.**

Für kleinen Haushalt freundliches
Mädchen
als Aufwartung für ½ oder ganz. Tag bei guter Behandlung u. Bezahlung **gesucht.**
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Aelteres, **zuverlässiges Hausmädchen,** mögl. mit etw. Kochkenntn. f. baldigst **gesucht. Frau R. Förster, Goethestraße 87, 2.**

Suche zum sofort. Antritt
2 Mägde
bei höchstem Tariflohn.
Clemens Scheibe,
Zschannewitz b. Mügeln,
Bez. Leipzig.

Bruchleiden

Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne schmerzhafte Einspritzung. Vollständig ohne Berufsstörung. Zur Behandlung kommen **Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.**

Sprechstunde am **Sonnabend, 2. September,** nachm. 2—4 Uhr in **Riesa, Hotel Sächsischer Hof.**

Dr. med. H. L. Meyer, prakt. Arzt, **Hamburg,** Schauenburger Str. 4.

Behandlungsdauer 5 Monate. Meine Frau trug seit Sept. 21 bis Anfang Dez. 21 nur noch ein leichtes bequemes Schutzband; von dieser Zeit an überhaupt kein Band mehr; dabei fühlt sie sich sehr wohl und fühlt keinerlei Beschwerden mehr. Ich sage Ihnen heute zugleich im Namen meiner Frau meinen verbindlichsten Dank und werde mir gestatten, nach einiger Zeit wieder zu berichten.
M. M., Ing., Freiberg, 9. 1. 22.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnellsicher und schmerzlos
Kukirol
In Apotheken und besseren Drogerien erhältlich.
Ärztlich empfohlen. Millionenfach bewährt!
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad!
Central-Drogerie Oskar Förster.

Margarine

ff. Nuss- und Kochbutter
frisch eingetroffen, gibt noch zu billigstem Preis ab
O. Kohl, Wettinerstr. 29 (Hinterhaus).
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Eine reiche Fülle von Bezeugungen aufrichtiger Anteilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Privatus

Karl Moritz Grosse

ist uns zuteil geworden. Bewegten Herzens sprechen wir allen, besonders auch den Körperschaften, unseren **tiefgefühltesten Dank** aus.

Riesa und **Gröba,** den 30. August 1922.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Frau **Bertha Grosse** geb. Schumann.

Die bestehenden Teuerungsverhältnisse u. neue durch Schiedsspruch gefällte bedeut. Lohnerhöhungen machen es zur Aufrechterhaltung unserer Betriebe leider notwendig, die am 15. August vorläufig festgelegten Sätze für Fuhrlöhne, Rollgelder usw.

ab 1. September um 60 Prozent zu erhöhen.

Schutzgemeinschaft der Lohnfuhrunternehmer von Riesa und Umgegend.

Aufwartung
für den ganz. Tag **gesucht** f. sof. Frau **Paula Wolff, Friedr.-Aug.-Str. 32, 1.**

Knechte, 16—20 Jhr., sucht sofort **Frau Seelig, Röderau.**

Setzer

i. dauernde Arbeit **gesucht.**
Dachziegelwerk Gröba.

Junger
Kaufmann

mögl. aus der Speditionsbranche zum bald. Antritt **gesucht.** Off. mit Zeugnisabschriften unter **B O 9364** an das Tageblatt Riesa.

2 Paar **Kinderstiefel,** Gr. 26, 27, zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein Ulster, neu zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Badewanne (Emaille) **m. Ofen, gr. Waschwanne, Heckbauer, Weinregal, 2 Lehnstühle, Schlafsofa, Küchentisch verkauft**
Oelsitz 26 B, 1.

Ausfuhrerklärungen vorrätig in der Tageblatt-Druckerei, Goethestraße 59.

Gebr. Bettstelle billig zu verkaufen
Bahnhofstr. 14, Hth.

Zwei kräftige **Einspänner-**
Tafelwagen

mit Patentachsen billig zu verk. **Gröba, Kirchstr. 22.**

Erdbeerpflanzen
verstopfte starke Pflanzen, verkauft nachmittags auf Flur Moritz
Bruno Weber, Glaubitz.

Mischung
„Moccasan"

25% Bohnenkaffee
75% feinster Kaffee-Ersatz
verbürgt Reinheit und guten Kaffeegeschmack.
½ Pfund M. 72.00
¼ Pfund M. 36.00

Riesaer Kaffeeröstwerk
Adolf Bormann
Wettinerstr. 25. Tel. 444.

Birnen
zu verk., Pfd. 4 u. 5 M., **Meißner Straße 12.**

Morgen früh
frische Seefische.
Clemens Bürger.

Gasthof Leutewitz.
Sonnabend, 2. 9., lad. zum **Damenkränzchen** freundlichst ein **P. Gräfe.**

Am 29. Aug. 1922 starb nach langwähriger Krankheit der seit 1915 bei uns beschäftigt gewesene
Zimmermann
Robert Nickol
im 59. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Gröba.

Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten.

Eine deutsche Goldvaluta.

Mit den 250 Milliarden Papiermark, die bis zum Schluß des Monats August in Umlauf sind, hat sich der deutsche Geldumlauf auf weniger als 1 Milliarde Goldmark verringert, während der normale Bedarf der deutschen Wirtschaft an Geldumlauf mehr als sechs Milliarden Goldmark beträgt. Aus der gar zu starken Zurückhaltung an Geldersatzscheinen hat sich ein Zustand entwickelt, der in mehr als einer Hinsicht die schwersten Schädigungen für die Gesamtheit bildet. Denn während die Markentwertung gegenüber den Devisen durch die Zurückhaltung der Notenausgabe nicht aufzuhalten war, hat Deutschland dauernd höherwertige Gegenstände dem Auslande unter Preis abgegeben und nicht der Ausverkauf an Ausländer in Deutschland allein hat den katastrophalen Zustand erzeugt, sondern in noch höherem Maße die starke Anspannung des Exports auf dem legitimen Wege und es sind nicht nur die Arbeitswerte weit unter Preis abgegeben worden, sondern auch Material- und Rentabilitätswerte der Industrie in größtem Umfange.

Den Schaden der verlorenen Werte wird man erst in vollem Umfange gewahr werden können, wenn die Geldverhältnisse wieder normaler geworden sind. Worauf es aber jetzt ankommt, ist, die Wirtschaft nicht noch weiter zu entkräften, vielmehr nach Möglichkeit die leergeflossenen Gefäße wieder langsam auffüllen. Das kann in zwiefacher Hinsicht geschehen, in der einen Weise durch vermehrte Notenausgabe, die ja unbedingt kommen muß, aber leicht der Ausgangspunkt weiterer Entwertung sein kann, obwohl es zu weitgehend sein würde, eine bestimmte Relativität zwischen Notenumlauf und Geldkurs anzunehmen. Außerdem würde es auch politische Schwierigkeiten bringen, wenn Deutschland seinen Notenumlauf nicht nur der neuen, sondern auch der früheren Entwertung anpaßte.

Angesichts der vollkommenen Zerrüttung unseres Finanzwesens in Papiermark und weil bei der üblichen Drittelbeckung in Gold für eine neue Goldvaluta ungleich günstigere Lebensbedingungen existieren, wäre die Frage ernsthaft zu erwägen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sein könnte, eine neue deutsche Valuta, gedeckt durch den Goldbestand der Reichsbank von einer Milliarde, zu schaffen. Es würde nichts schaden, dem Notenumlauf die Golddeckung zu entziehen, wenn man einen festen Umrechnungskurs von etwa 250 Papiermark gleich einer Goldmark festsetzte, der mehr dem deutschen Warenwerte als dem Geldkurse entspricht, zumal man dabei mit ziemlicher Gewißheit endlich eine gewisse Stabilisierung des Markkurses erreichen würde. Ein geringerer Umrechnungskurs würde sich nicht rechtfertigen lassen, zumal die im Inland umlaufende Papiermark noch immer ein Mittelding zwischen Papier- und Goldmark (im Sachwert) ist, eher ein höherer, wodurch eine entschiedene Stärkung der deutschen Wirtschaft und ihrer Produktivität erreicht werden kann. Es gibt natürlich zahlreiche Einwände und man kann nicht gewährleisten, daß die neue deutsche Valuta ihren Goldkurs hält, aber die deutsche Wirtschaft steht jetzt direkt vor dem Zusammenbruch durch Blutleere (Kapital- und Geldmangel). Wenn nicht ungehemmt neue Noten herausgeworfen werden sollen, muß der Goldbestand der Reichsbank zur Schaffung einer neuen Valuta benutzt werden, die den umlaufenden Noten allein eine Stütze geben kann, der Wirtschaft aber — sonst ist es nicht zu erreichen — die Rückbildung der früheren Produktivkraft ermöglicht. Das einzige wirkliche Hindernis wäre nur die auch auf unserer gegenwärtigen Währung verhängnisvoll lastende unmögliche Reparation, aber im Falle einer, wenn auch nur einige Jahre andauernden, Entlastung, erscheint eine Devalonisation durchführbar und einzig zweckmäßig.

Der Reichskanzler behält die Leitung der Außenpolitik.

Auf die vielfach in der letzten Zeit in der Presse erschienenen Anfragen wegen einer eventuellen Besetzung des Reichsministeriums des Aeußern, das bekanntlich seit dem Tode Dr. Rathenaus vom Reichskanzler geführt wird, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß weder die außenpolitische Lage noch die innenpolitischen Erwägungen es zur Zeit wünschenswert machen, das Ministerium des Aeußern anderweitig zu besetzen. Der Reichskanzler wird die Geschäfte des Auswärtigen Amts, die mit der Gesamtleitung der Politik in engster Beziehung stehen, auch weiterhin führen.

Offener Brief an das deutsche Proletariat.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins hat einen offenen Brief an das deutsche Proletariat beschlossen, in dem die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses binnen vier Wochen gefordert wird.

Wie das „Berl. Tageblatt" hört, wollten die **Gewerkschaften** gestern in einer Sitzung zu den Maßnahmen der Reichsregierung gegen die wirtschaftliche Notlage Stellung nehmen. In Gewerkschaftskreisen ist man der Ansicht, daß die vom Kabinett beabsichtigten Maßnahmen das im Rahmen der gegenwärtigen Lage Mögliche darstellen.

Bedrohung der Braunschweiger Markthalle.

Im Anschluß an eine ruhig verlaufene Demonstration gegen die Teuerung in Braunschweig kam es zu Zusammenrottungen, bei denen versucht wurde, in die Markthalle einzudringen. Gegen einen unabhängigen Abgeordneten und einen Gewerkschaftsführer, die zur Besonnenheit mahnten, nahm die Menge eine drohende Haltung ein. Es kam verschiedentlich zu Tätlichkeiten. Die Schutzpolizei zerstreute die Menge.

Teuerung und Strafvollzug.

Nach einer Verfügung des **preußischen Justizministers** soll in Anbetracht der fortschreitenden Geldentwertung und der damit verbundenen Preissteigerung bei der Bemessung und Vollstreckung gerichtlicher Strafen jede mögliche und mit dem Strafzweck zu vereinbarende Rücksicht genommen werden. Personen, denen die Sorge für den Unterhalt von Angehörigen obliegt, soll gegebenenfalls, um ihnen die Beschaffung von Winterbedarf an Lebensmitteln und Brennstoffen zu ermöglichen, Strafaufschub oder Strafunterbrechung gewährt werden.

Maßnahmen gegen den Ausverkauf durch Ausländer in Hessen.

Das hessische Ministerium des Inneren hat an die Kreisämter und staatlichen Polizeiämter eine Verfügung betreffend energische Maßnahmen gegen den Ausverkauf von Waren an Ausländer erlassen. Die für Ausländer gültigen Paß- und Meldebestimmungen sollen strengstens durchgeführt werden. Auf den Bahnhöfen der größeren Städte findet eine Kontrolle des reisenden Publikums statt. Ausländer, die nicht im Besitze eines Passes sind, können ausgewiesen werden. Ferner soll eine Ueberwachung des Automobilverkehrs, namentlich an der Grenze des besetzten und unbesetzten Gebietes, stattfinden.

Heute fällt die Entscheidung.

Die Erklärung des Staatssekretärs Schröder.

Die gestrige Sitzung der Reparationskommission.

Aus **Paris** wird gemeldet: Die **Reparationskommission** ist Mittwoch vormittag um 10½ Uhr zusammengetreten, um die Darlegungen des Staatssekretärs Dr. **Schröder** zu hören. Die Sitzung wurde um 12½ Uhr unterbrochen. Die neue Sitzung, in der Staatssekretär Dr. Schröder seine Ausführungen fortsetzen wird, wurde auf 4½ Uhr angesetzt. Die Delgationen, welche der gestrigen Vormittags-Sitzung der Reparationskommission beiwohnten, waren wie folgt zusammengesetzt: für Frankreich Louis Dubois, Vorsitzender der Reparationskommission, als Delegierter und Mauclère, Vorsitzender des Garantieausschusses, als Beisitzer, Aron als Generalsekretär; für Großbritannien: Sir John Bradbury Delegierter und Kimberley Cook Beisitzer; für Belgien: Delacroix Delegierter und Bemelmans Beisitzer; für Italien: Salvago Raggi Delegierter und d'Ameglio Beisitzer. — Als halbamtlicher Delegierter der Vereinigten Staaten wohnte Logan der Sitzung bei.

In der gestrigen Sitzung der **Reparationskommission** hat der **deutsche Bevollmächtigte Staatssekretär Schröder** eine **Erklärung** abgegeben, aus der folgendes zu entnehmen ist:

Durch die Ermittelungen des Garantiekomitees und von Mitgliedern der Reparationskommission ist die Reparationskommission eingehend über die Lage Deutschlands unterrichtet. In den Verhandlungen, die Minister Hermes im Mai hier geführt hat, ist in einer schwierigen Frage eine Lösung gefunden worden. Die Forderungen der Reparationskommission bestanden damals vor allem darin, daß die **schwebende Schuld auf dem Stand vom 31. März d. J. beschränkt** bleiben sollte zuzüglich der Beträge, die für **Devisenzahlungen** aufgrund des Vertrages von Versailles aufgewendet werden. Der Zuwachs sollte zunächst durch **eine innere Anleihe** beglichen werden. Die deutsche Regierung hat diese Lösung unter der Voraussetzung einer **ausreichenden äußeren Anleihe** angenommen. Die Anleihe ist leider bisher nicht zustandegekommen. Trotzdem hat die deutsche Regierung auf eine **Einschränkung der schwebenden Schuld** hingearbeitet. Trotz des steigenden Dollarkurses hatte sie folgende **Erfolge**: Für Devisenzahlungen waren bis zum 30. 6. 1921 5 Milliarden Papiermark aufzuwenden. Die schwebende Schuld hatte bis zum 30. 6. gegenüber dem 31. 8. nur um 23 Milliarden zugenommen, sodaß der Nettozuwachs durch Ausgabe langfristiger Schatzanweisungen gedeckt werden konnte. Minister Hermes hatte die Einnahmen aus Zöllen und Steuern für 1922 auf rund 148 Milliarden Papiermark geschätzt. Aber in den ersten vier Monaten sind bereits mehr als 70 Milliarden Papiermark eingegangen, sodaß mit einem Jahresertrag von mehr als 210 Milliarden Papiermark gerechnet werden kann. Dazu tritt das Ergebnis der Zwangsanleihe mit zunächst 40 Milliarden Papiermark im Jahre 1922. Die Ueberwachungsmaßnahmen sind in gemeinschaftlicher Verständigung zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung in Berlin ausgearbeitet worden. Der erwartete dauernde Erfolg der Maßnahmen ist durch zwei Umstände **vereitelt** worden, die außerhalb des Machtbereiches der deutschen Regierung liegen, nämlich einmal durch das **Mißlingen der Beratungen des Anleihekomitees** und die **Ermordung Rathenaus**. In weniger als zwei Monaten ist der Dollar von etwa 300 auf 2000 gestiegen, das englische Pfund von etwa 1300 auf mehr als 10 000 Mark. Eine solche Entwickelung macht **jede Hoffnung auf eine Eindämmung der schwebenden Schuld für absehbare Zeit zunichte.** Nun wird von maßgebenden politischen Kreisen des Auslandes der Vorwurf erhoben, daß der Zusammenbruch der Mark von **Deutschland selber absichtlich** herbeigeführt worden sei, um sich der Reparation zu entziehen. Dieser Vorwurf richtet sich vor allem gegen gewisse Interessentengruppen. Solche Politik wäre **Selbstmord**: denn die Vernichtung der Mark führt unmittelbar auch zum Absterben der Industrie. Es mag zutreffend sein, daß viele Einzelpersonen in Deutschland sich im Besitz von Devisenbeständen befinden. Aber die darüber auftretenden Schätzungen sind übertrieben. Die Masse des deutschen Volkes ist vom Schicksal der Papiermark abhängig.

Schon heute kann man sagen, daß das **gesamte mobile Kapital vernichtet** ist. Bedenkt man, daß heute das Verhältnis der Goldmark zur Papiermark mindestens wie 300 zu 1 ist, so wird ohne weiteres erkennbar, daß auch die Besitzer deutscher Aktien in ihrem Geldkapital ungeheure Einbußen gehabt haben. In Wahrheit ist die Vernichtung des Markkurses auf die **außenpolitische Lage** und die immer **längere Verzögerung einer praktischen Lösung der Reparationsfrage** zurückzuführen. Eine Heilung kann nicht durch Zwangsdrohungen oder Diktate herbeigeführt werden, sondern nur durch **Wiederherstellung des Vertrauens** auf der Grundlage der Verständigung und der Zusammenarbeit.

Die **Anregung der deutschen Regierung** geht dahin, es sollen **feste Lieferungsverträge** zunächst bis Ende 1923 in der gleichen Weise abgeschlossen werden wie im geschäftlichen Verkehr. Ein solches Verfahren würde einen sehr erheblichen Unterschied gegenüber dem bisherigen darstellen. Bisher mußte die deutsche Regierung von den Produzenten die Lieferungen fordern und konnte damit mit den privaten Verpflichtungen kollidieren. Es konnten sich infolgedessen erhebliche Schwierigkeiten für die Möglichkeit der Reparationslieferungen ergeben. Wird dagegen ein unmittelbarer Lieferungsvertrag von den Produzenten bis Ende 1923 übernommen, dann können die Lieferanten ihre Gesamtdispositionen hiernach treffen. Die deutsche Regierung hat gestern mit den maßgebenden Vertretern der **Kohlenindustrie ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt**, die **Verhandlungen** dahin fortzuführen, daß die Lieferungen durch **privatwirtschaftliche Organisationen** übernommen werden. Die Formulierung über die Einzelheiten soll in Verhandlungen mit den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte versucht werden. Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, daß **sofort in Wiesbaden Verhandlungen zwischen den abnehmenden Stellen der alliierten Mächte und den liefernden Syndikaten**, vertreten durch die Herren **Hugo Stinnes, Peter Kloeckner, Luebsen und Silverberg**, unter Beteiligung der Reichsregierung aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die Lieferung von **Holz** können sich dann unmittelbar an die Verhandlungen über die Kohlen anschließen, nachdem sie in entsprechender Weise durch Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Produzenten vorbereitet sind. Die **Weiterführung der Verhandlungen** mit den Industriellen hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn uns die Reparationskommission wenigstens einen Fingerzeig dafür geben kann, ob überhaupt Aussicht besteht, daß man auf der Grundlage dieses Gedankens zur Gewährung des beantragten **Zahlungsaufschubs bis Ende 1922** kommen kann. Es muß wenigstens eine **Sicherung** dafür gegeben sein, daß die Reparationskommission den Zahlungsaufschub für den Fall bewilligt, daß über die Einzelheiten noch eine Verständigung erzielt werden wird. **Ich bitte daher die Reparationskommission, zunächst eine Antwort auf die Frage zu geben, ob der Gedanke der Lieferungsverträge geeignet erscheint, als Bedingung für den Zahlungsaufschub zu dienen.**

Die Entscheidung fällt heute nachmittag.

Wie Havas mitteilt, wird die Reparationskommission **heute** (Donnerstag) **nachmittag ihren endgültigen Entschluß fassen** und gleichzeitig mit ihrer Entschließung den **Text** der deutschen Vorschläge veröffentlichen.

Deutsche Wechsel für Belgien.

Aus **Paris** wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß in nichtamtlichen Besprechungen der Versuch gemacht wurde, eine vorläufige Regelung der nächsten fälligen deutschen Barzahlungen dadurch zu ermöglichen, daß **Deutschland an Belgien**, dem nach den alliierten Vereinbarungen die nächsten Barzahlungen zufallen sollten, **sechs monatliche Wechsel** geben sollte. Für diese Wechsel verlangt Belgien die Unterschrift der Reichsbank, welche durch Golddepots in der voraussichtlichen Höhe von 270 Millionen Goldmark im Auslande garantiert werden sollten. Die Reichsbank hat nicht geglaubt, für diese Goldabgabe die Verantwortung übernehmen zu können.

Französische Sonderaktion.

Für den Fall, daß die Reparationskommission das Moratorium ablehnt, wird die weitere Entwicklung dann die sein, daß die Reparationskommission Deutschland zunächst auffordert, die am 17. August fällig gewesene und aufgeschobene Zahlung binnen wenigen Tagen zu leisten und daß dann, wenn dies nicht geschieht, von Seiten Frankreichs der Antrag gestellt wird, eine vorsätzliche Schuld Deutschlands festzustellen. Wenn dieser französische Antrag von der Reparationskommission abgelehnt sein wird, wird die Frage der französischen Sonderaktion akut werden.

Eine Besprechung in Berlin.

Gestern abend fand in Berlin unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine **Chefbesprechung** statt, in der das **Reparationsproblem** behandelt wurde.

Neue Erhöhungen der Beamtenbezüge.

Einer Abordnung von Beamten und Staatsarbeitern, die im Reichsfinanzministerium ihre Wünsche um Erhöhung der Teuerungszulagen vortrugen, wurde von Regierungsseite erklärt, daß die Regierung von sich aus bereits den Entschluß gefaßt habe, Erhöhungen der Bezüge vorzunehmen. Am nächsten Dienstag sollen die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium beginnen, in denen auch über die Erhöhung der Nebenbezüge, wie Aufwandsentschädigung, Besatzungszulage, Nachtdienstgebühren usw. gesprochen werden soll.

Die Kohlenpreise.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Reichskohlenrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, entsprechend der starken Steigerung der Selbstkosten die Kohlenpreise für rheinisch-westfälische Kohle um 2413 Mark mit Steuer und 1723 Mark ohne Steuer je Tonne zu erhöhen. Die Preiserhöhung geht wesentlich über das ursprünglich beabsichtigte Maß hinaus. Die Preise für die übrigen Reviere werden auf ähnlicher Basis festgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Einigung.

Die Annäherung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen hat in den letzten Wochen starke Fortschritte gemacht. Die Voraussetzungen für eine Einigung wurden dadurch geschaffen, daß einerseits in der Scheidemann-Partei der linke Flügel wieder stark in den Vordergrund getreten ist, während auf der anderen Seite die Unabhängigen durch die scharfen Angriffe der Kommunisten der Mehrheitspartei in die Arme getrieben wurden. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften, die unter der Spaltung seit jeher stark gelitten haben, sich kräftig für den Zusammenschluß einsetzen. Der „Vorwärts" teilt nunmehr mit, daß die offiziellen Einigungsverhandlungen begonnen haben. Man will zunächst kein gemeinsames Parteiprogramm, sondern nur ein sogenanntes Aktionsprogramm schaffen. Das deutet schon darauf hin, daß die ganzen Einigungsbestrebungen im wesentlichen ein taktisches Ziel haben. Es gilt, die Unabhängigen auf diesem Umwege zunächst einmal in die Regierungskoalition hineinzuschmuggeln. Innerhalb dieser würde der sozialdemokratische Einfluß dadurch eine wesentliche Verstärkung erfahren, der vielleicht so groß ist, daß das Schwergewicht der Reichsregierung noch weiter nach links verlegt wird. Hierin liegt zurzeit die politische Bedeutung der sozialdemokratischen Einigungsaktion, deren innerpolitische Folgen unter Umständen recht weitreichend sein können.

Ein Aufruf zum oberschlesischen Abstimmungstage.

Der **Oberpräsident von Oberschlesien** erläßt zum **Abstimmungstage einen Aufruf**, in dem es heißt: Zum zweiten Male ist das Schicksal Oberschlesiens in Eure Hand gegeben. Das Genfer Diktat hat unser engeres Heimatland willkürlich in zwei Teile zerrissen. Den verbliebenen Rest sucht der landfremde Pole in unersättlicher Gier auf jede Art und Weise sich auch noch zu erringen. Da muß es unsere erste Sorge sein, alle unsere Kräfte zu sammeln, um Oberschlesien auf die Dauer bei Deutschland zu erhalten. Der Oberschlesische Hilfsbund ist gegründet worden, um uns Hilfe im weitesten Umfange aus dem ganzen Reiche dauernd zuzuführen. In der Notlage, in der wir uns befinden, kann am nächsten Sonntag unsere Parole nicht anders lauten als die: „Wir wollen als treue Deutsche und treue Oberschlesier engsten Anschluß suchen an unser deutsches Vaterland. Wir wollen eine selbständige Provinz im Verband des deutschen Staates bleiben". Möge die klare Erkenntnis der Gefahr und der einzigen Möglichkeit, ihr siegreich entgegenzutreten, Euch alle beherrschen und so der Welt erneut beweisen: Die deutsche Treue, sie lebt, sie lebt in Oberschlesien mehr denn je.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Aus **Angora** wird gemeldet: Die letzten Nachrichten bestätigen den Beginn einer türkischen Bewegung im Abschnitte von **Nikomedia** in einer Frontbreite von 20 Kilometern. Die Griechen weichen vor den Angriffen der türkischen Kolonnen zurück und ließen Gefangene, Waffen

SLUB
Wir führen Wissen.

und Munition im Stiche. Ihre Verluste sind **bedeutend.** Diese Gefechtshandlungen werden jedoch in Angora nicht als allgemeine Offensive betrachtet, sondern als Erkundungsangriffe. Die türkischen fliegenden Abteilungen gehen weiter in der Richtung nach Brussa vor. Wenn dieser Vormarsch weiter geführt wird, laufen die griechischen Truppen Gefahr, rückwärts abgeschnitten zu werden.

„Morning Post" meldet aus **Konstantinopel,** in nationalistischen Kreisen werde erklärt, daß die Offensive eine Antwort auf die geplante Konferenz von Venedig sei, da die Angoraregierung den Gedanken an weitere diplomatische Erörterungen verworfen habe. Der Besuch Fethi Beis in London sei der letzte Versuch Angoras, die Frage auf friedlichem Wege zu regeln. Die Weigerung der britischen Staatsmänner, ihm eine Audienz zu gewähren, die Rede Lloyd Georges im Unterhause, in der er für die griechischen Interessen eintrat, hätte den letzten Anstoß gegeben. Hierauf habe Angora beschlossen, eine militärische Entscheidung herbeizuführen. „Daily Mail" weist darauf hin, daß der Verlust von Afiun Kara Hissar für die Griechen die Abschneidung der Bahn zwischen Brussa, wo sich die Basis der Nordarmee befindet und Smyrna, der Basis der Südarmee, bedeute. Die Türken sollen 10 Divisionen zu je 5000 Mann zur Verfügung haben und reichlich mit Artillerie und Munition versehen sein. Einem Telegramm der „Daily Mail" aus Smyrna zufolge benutzen die Türken neues französisches Artilleriematerial sowie Schnellfeuergeschütze.

Sitzung des Reichseisenbahnrates.

Der Erhöhung der Personenfahrpreise am 1. Oktober folgt am 1. Dezember eine weitere von 60 Prozent zu den Oktobertarifen.

Die **2. Vollsitzung des Reichseisenbahnrats** wurde Mittwoch vormittag 10 Uhr im großen Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs durch Staatssekretär Stieler eröffnet. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten führte Staatssekretär Stieler aus, daß man heutzutage leicht geneigt sei, über alle Tarifmaßnahmen zu klagen, weil man eben die absolute Höhe der Sätze zu beklagen habe. Der Uebergang der Bahnen auf das Reich steht mit dieser durch die Geldentwertung bedingten Steigerung der Frachtsätze nicht im Zusammenhang. Die Aufrechterhaltung der Tarifhoheit der Länder, die jetzt beim Reiche ruhe, hätte die Wirtschaft vor solchen Tarifsteigerungen nicht geschützt. Sie hätte aber Süddeutschland die Staffeltarife nicht gebracht, mit denen die Reichsbahn den Interessen dieser Reichsteile habe entgegenkommen können. Die schwächeren Verwaltungen hätten die Ausfälle nicht tragen können, für die sie keinen Ersatz in Massentransporten auf nahe Entfernungen haben. Der preußische Minister hätte Rücksicht nehmen müssen auf die Interessen seines Industriegebietes, das die Ausfälle für die außerpreußischen Interessen hätte tragen müssen. Weiter aber wäre angesichts des Versailler Friedensvertrages die Auswirkung einer Tarifhoheit der Länder überhaupt ausgeschlossen, da jede lokale Tarifvergünstigung von den Alliierten für jede andere Verkehrsbeziehung in Anspruch genommen werden kann, wodurch lokale Ausnahmetarife praktisch unmöglich würden. Staatssekretär Stieler bat die Mitglieder des Reichseisenbahnrats, gegen die Wahrung der Landesinteressen die Interessen des Reiches und der Reichsbahn nicht zurücktreten zu lassen und in ihren Kreisen aufklärend zu wirken.

Ueber den Antrag auf **Hörung der Landeseisenbahnräte** vor Beratung im Reichseisenbahnrat, der angenommen wurde, hat der Reichsverkehrsminister sich die Entscheidung vorbehalten. Generaldirektor **Dr. Silverberg** betonte jedoch ausdrücklich die Gefahren dieser an und für sich selbstverständlichen Entschließung, da die wirtschaftlich schnellebige Zeit auch schnelle Entschließungen in der Tarifpolitik der Reichsbahn verlange. Die Beratung in den **Landeseisenbahnräten dürfe zu keinen Verzögerungen** in der Einführung von Tarifmaßnahmen der Reichsbahn führen.

Zur Verhandlung stand ferner die Vorlage des Reichsverkehrsministers über die **organische Einarbeitung** der seither in Form einheitlicher Zuschläge durchgeführten **Erhöhungen der Güter- und Tiertarife,** die Tags zuvor bereits dem zuständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrates vorgelegen hatte. Die Vorlage liegt dem Tarifaufbau vom 1. Februar 1922 zu Grunde. Für den neuen Tarif sind die **horizontale Staffel** (d. h. das Spannungsverhältnis der Klassen untereinander auf einer Grundentfernung) und die **vertikale Staffel** (d. h. die allmähliche Absenkung der Frachtsätze nach den Entfernungen) in Verhältniszahlen festgelegt worden, die so gebildet sind, daß sie bei etwaigen weiteren Tariferhöhungen noch brauchbar sind. Nach eingehender Debatte über die einzelnen Verhältniszahlen der horizontalen Staffel (Tarifklassen) und der vertikalen Staffel (Versandweiten) wurde die **Vorlage der Reichsbahn hinsichtlich ordentlicher Tarifklassen angenommen.** Von den Vertretern der Industrie wurde hierbei wiederholt betont, daß die Selbstkosten der Reichsbahn die untere Grenze für jeden Tarif bilden müßten; für die Reichsbahn müsse in erster Linie der Grundsatz der eigenen Wirtschaftlichkeit und Rentabilität stehen. Lediglich dem Vorschlag der Reichsbahn zum **Ausnahmetarif (6) für Kohlen,** der eine geringe Entlastung der nahen und eine mäßige Belastung der weiten Entfernungen bringen sollte, stimmte der Reichseisenbahnrat **nicht** zu und lehnte diese Aufbiegung der Staffelung im Interesse der peripherisch gelegenen Wirtschaftsbezirke ab. Zu der vielumstrittenen Frage der **Wasserumschlagstarife** wurde eine Entschließung angenommen, durch die der Reichsverkehrsminister ersucht wird, bis Ende des Jahres eine Vorlage einzubringen, die unter Aufrechterhaltung der Staffeltarife den Belangen der Binnenschiffahrt Rechnung tragen soll.

Zum Schluß nahm der Reichseisenbahnrat die Mitteilungen des Reichsverkehrsministers entgegen über **Erhöhung und Neuberechnung der Personentarife der Reichsbahn zum 1. Oktober und zum 1. Dezember 1922.** Letzterer bringt eine **Tariferhöhung von 60 Prozent zu den Oktobertarifen.** Obwohl die Einheitssätze der 4., 3., 2. und 1. Klasse sich alsdann auf 72, 108, 180 und 340 Pfennig für das Kilometer belaufen werden, mußte zugegeben werden, daß diese Sätze nicht entfernt mit der Geldentwertung Schritt gehalten haben zum Schaden des Güterverkehrs und der Straßen- und Kleinbahnen. Mit der Annahme eines Antrages, der Reichsverkehrsminister möge wohlwollend die Möglichkeit weiterer Erleichterungen im Vororts-, Berufs- und Bildungsverkehr prüfen, schloß die Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Streik der Zeitungshilfsarbeiter in Magdeburg. Die Hilfsarbeiter der magdeburgischen Druckereien sind Mittwoch nachmittag in einen wilden Streik eingetreten. Sie fordern mit Rückwirkung auf den 1. August höhere Löhne. Die Nachmittagsausgaben der Magdeburgischen Zeitungen konnten teilweise noch herausgebracht werden. Heute dürften nur die sozialistischen Zeitungen erscheinen.

Stegerwald gegen den Sozialismus. Auf dem deutschen Katholikentag in München sprach preußischer Ministerpräsident a. D. Segerwald über „Deutsche Volksgemeinschaft und wirtschaftlicher Wiederaufbau". Er stellte den Sozialismus und den Katholizismus einander gegenüber. Der Sozialismus habe seine Anhänger einer seelischen Verelendung zugeführt und gemeinschaftszerreißend gewirkt. Nur auf der Grundlage katholischer sozialer Ethik liege der Ansatz zur Vertiefung des Verhältnisses zwischen Mensch und mechanischer Arbeit und zur Volksgemeinschaft. Nur im Zusammengehen der beiden christlichen Konfessionen ließen sich die Auswüchse des Kapitalismus bekämpfen. Das werde der kommende Kulturkampf sein. Was für die Volksgemeinschaft gelte, gelte auch für die Völkergemeinschaft. Der Versailler Vertrag nehme dem deutschen Volke die Möglichkeit zur Erfüllung der Kulturaufgaben. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit schreie nach Umgestaltung. Aber nur die gemeinsame Arbeit aller Kräfte im Volke könne hier zum Gelingen helfen. Also: Zuerst Aenderung der seelischen Grundlagen, darauf Aenderung der Gemeinschaftsformen und schließlich die Neuformung der neuen Volksgemeinschaft. Dafür sei gerade die katholische Lehre zur Mitarbeit geeignet.

Stapellauf bei Blohm & Voß. Auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg lief am Mittwoch vormittag der für die deutsche Ostafrika-Linie in Bau befindliche 8000 Tonnen große Passagier- und Frachtdampfer „Usambara" glücklich vom Stapel.

Der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag ist am Mittwoch in Stuttgart eröffnet worden. Er währt bis zum 2. September.

Die Jahrhundert-Ausstellung der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft wurde Mittwoch vormittag in dem Rahmen des wundervollen Schloßparks Bellevue in Berlin bei schönstem Wetter eröffnet.

Der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes befaßte sich, wie aus Essen gemeldet wird, in seiner vorgestrigen Sitzung mit der Preisfrage für Lieferungen ab 1. September. Mit Rücksicht auf die in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gesteigerte Verteuerung sämtlicher Preisfaktoren wurden erhebliche Erhöhungen der bisherigen Höchstpreise erforderlich, die sich je nach der Sorte zwischen etwa 10000 und 15500 Mark bewegen. In diesen Erhöhungen ist die Kokspreiserhöhung von 3000 Mark für die Tonne in Ansatz gebracht. Sobald der neue Kokspreis feststeht, werden die endgültigen Roheisenverkaufspreise bekanntgegeben werden.

Reichsjustizminister Radbruch ist zu einer Besprechung mit dem bayrischen Justizminister nach München gekommen. Wie er in einer Unterredung mit dem Vertreter der Münchener Post mitteilt, handele es sich nur um eine Vermeidung von Schreibereien bei der Erledigung anhängiger Fälle. Es kämen weder allgemeine Besprechungen noch sonstige Erwägungen in Frage. Die gemeinsame Not verbiete Kompetenzkonflikte und die Person des bayrischen Justizministers verbürge einen loyalen Vollzug der Abmachungen.

Deutsche Guthaben im Auslande. Das „Radiogramm" behauptet, Herr Urbig, der Geschäftsführer der Diskontogesellschaft, habe zugegeben, daß die Gesamtsumme der deutschen Guthaben im Auslande sich auf 12 Milliarden Goldmark belaufe. Die Telegraphen-Union ist ermächtigt, mitzuteilen, daß diese Behauptung glatt erfunden ist. Herr Urbig hat die Höchstsumme der deutschen Guthaben mit 1,5 Milliarden Goldmark beziffert und außerdem hinzugefügt, daß von dieser Summe noch die deutschen Schulden gegenüber dem Auslande abzusetzen seien.

Polen.

Pressestimmen. „Glos Narodu" sieht den Bestand der Tschechoslowakei durch die Wirtschaftskrisis und die Politik der Ausrottung des Deutschtums als erschüttert an. Der Zweck der Prager Beratung sei eine Verzögerung des Anfangs vom Ende der Tschechoslowakei. „Kurjer Poranny" sieht in der Beteiligung Polens an der Prager Konferenz eine Bürgschaft gegen zu weitgehende Interventionspläne der Kleinen Entente gegenüber Oesterreich. Nach „Gazeta Poranna" steht die Wiederaufnahme der polnisch-russisch-ukrainischen Handelsverhandlungen in Moskau bevor. „Nowa Reforma" hält für die Ursache des bedrohlichen Falls der polnischen Mark die wachsende Inflation und die Abhängigkeit von der deutschen Mark.

Tschechoslowakei.

Die Industriekrise nimmt schärfere Formen an. Vorgestern nachmittag fand eine Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Koalitionsparteien statt, in der über die Notwendigkeit energischer Maßnahmen gegenüber der Teuerung und der Industriekrise verhandelt wurde. Der Regierung wird alle Förderung der Parteien zuteil. Die Blätter melden erneut Betriebseinstellungen und Massenentlassungen auf den verschiedensten Industriegebieten.

Italien.

Keine Zoll- und Finanz-Union mit Oesterreich. Das Blatt „Mondo" glaubt gleich anderen Blättern an keine Möglichkeit einer Verwirklichung des Planes einer italienisch-österreichischen Zoll- und Finanz-Union. Im Ministerrat erstattete am Mittwoch der Schatzkanzler Paratore einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen zwischen Schanzer, Paratore und den österreichischen Vertretern. Der Ministerrat nahm die Mitteilungen entgegen und ermächtigte Paratore ebenfalls, im Verein mit den Vertretern Oesterreichs seine Studien fortzusetzen, um Oesterreich zu helfen, seine gegenwärtige schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage zu überwinden.

Frankreich.

Zur Katastrophe des Schlachtschiffes „France" verbreitet Havas folgende Darstellung: Man erfährt jetzt, daß der unbekannte Felsen, den man jetzt bei Goavas festgestellt hat, derselbe ist, auf den der Kreuzer „France" aufgefahren ist. Er besteht aus vier Spitzen. Auf der Karte war er nicht verzeichnet.

England.

Englische Marineabrüstung. Die englische Admiralität hat in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Seeabkommen die Abtakelung sechs großer Kriegsschiffe angeordnet. Es sind dies die beiden Schlachtkreuzer „Lion", „Prinzeß Royal" und die Schlachtschiffe „Orion", „Conqueror", „Monarch" und „Erin". Alle sechs Schiffe waren an der Seeschlacht bei Jütland beteiligt.

Amerika.

Gefährdung der Hausbrandversorgung in Amerika. Der „News American" erklärt, daß der eigentliche Grund für das Vorgehen des Automobilfabrikanten Ford, der seine Werke still legen will, in seiner Weigerung liege, die erhöhten Preise für Stahlträger, die vom Stahltrust verlangt werden, zu bezahlen. Die Erhöhung hat stattgefunden wegen einer 20prozentigen Heraufsetzung der Löhne. Ford hat folgendes ausgeführt: „Ich will meine Werke schließen, weil ich nicht die Ausbeutung prämiieren und nicht übertriebene Preise für Stahl zahlen will. Unser Automobilgeschäft bricht alle Rekorde. Wir bauen täglich 1500 Wagen und bekommen Aufträge für 5300 Wagen täglich. Ich kann Kohlen und Stahl bekommen, wenn ich die Ausbeutung bezahle, aber das will ich nicht. Die Eisenbahn- und Kohlenstreiks sind eine Verschwörung zwischen Wallstreet und den Führern der Arbeitergewerkschaften, die in enger Zusammenarbeit mit den Besitzern der Eisenbahnen und Bergwerke stehen. Es ist Zeit, daß eine solche Verschwörung, um das Publikum auszuplündern, öffentlich gebrandmarkt wird." Ebenso kräftig ist Senator Calder aufgetreten. Er hat die Regierung ersucht, die Bergwerke zu beschlagnahmen und selbst in Betrieb zu nehmen, wenn die beiden streitenden Parteien nicht innerhalb 48 Stunden den Streik zu Ende bringen. Seit fünf Monaten sei nicht mehr eine Tonne Anthrazit produziert, von dem das Land abhänge. Nicht mehr als zehn Prozent der Familien in den nördlichen und östlichen Staaten hätten Kohlen in ihren Kellern. Um diese Zeit müßte mindestens die Hälfte der Bevölkerung ihre Wintervorräte bereits haben.

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 28

„Ob es Wahrheit oder nur ein Vorwand ist, werde ich bald erfahren, ich lasse mir keine Steine vor die Füße werfen und werde schon dafür sorgen, daß die Angelegenheit so rasch wie nur möglich geordnet wird. Aber, wie gesagt, etwas Geduld werden wir haben müssen, Ueberstürzungen könnten unsere eigenen Interessen gefährden!"

„Gehen Sie heute schon zu ihm?" fragte Schöller.

„Sofort!" entgegnete Mintrop, während sie langsam durch den Garten der Anstalt zuschritten. „Man muß das Eisen schmieden, so lange es heiß ist; Baron Paul soll nun erfahren, daß er einen Gegner vor sich hat, den er nicht gering schätzen darf."

„Und wann sehe ich Sie wieder? Sie dürfen mich hier jeden Tag besuchen."

„Das würde auffallen; ich werde erst dann kommen, wenn ich Ihnen ein sicheres Resultat mitteilen kann. Sollte dies zu lange sich hinausziehen, so werde ich Ihnen schreiben."

„Ich könnte Ihnen auch eine Mitteilung machen müssen," warf der Kranke ein, dessen Mißtrauen wieder zu erwachen schien; „es wäre möglich, daß unser Patient sein Geheimnis dem Oberarzt anvertraut, der ohnedies sich bereits alle Mühe gibt, es zu erforschen."

„Gut, ich wohne im Gasthofe „Zur Traube", Ritterstraße; adressieren Sie Ihren Brief dorthin, ich werde bereitwillig kommen, sobald Sie mich rufen, aber vergessen Sie nicht, daß wir alles unterlassen müssen, was in irgend einer Weise geeignet wäre, die Aufmerksamkeit anderer Leute auf uns zu lenken."

Sie hatten die Anstalt erreicht. Bogumil Mintrop nahm noch einmal Abschied, dann entfernte er sich mit raschen Schritten.

„Armer Kerl!" murmelte er, als er in eine Seitenstraße eingebogen war. „Lange macht er's nicht mehr, und im Grunde genommen könnte es ihm gleichgültig sein, ob er hier oder im Süden begraben wird. — Na, mir ist es auch einerlei, ich will ihm das Geld schaffen, dann mag er abdampfen und im sonnigen Süden über seine Sünden nachdenken."

Er blieb stehen und zündete eine Zigarre an, sein Blick fiel dabei auf eine Fahne, die mit der verführerischen Inschrift: „Bockbier" geschmückt aus dem Fenster einer Schenke niederhing.

Im ersten Moment machte er eine Bewegung, als ob er in das Haus hineintreten wolle, aus dem Gesang und die Klänge einer Geige ihm entgegen schallten, dann aber besann er sich eines Anderen und mit ärgerlicher Miene setzte er seinen Weg fort.

„Zuerst das Geschäft, dann das Vergnügen!" brummte er. „Wenn ich vor dem Glase sitze, läßt mein Durst mich so bald nicht wieder fort. Der Abend ist noch lang, und nach getaner Arbeit läßt sich besser ruhen."

Er bog schon bald in die Straße ein, in der Baron Paul wohnte; ein Reiter kam auf schaumbedecktem Pferde ihm entgegen, er erkannte sofort den Baron, mit dem er fast zugleich das Haus des letzteren erreichte.

„Ein prächtiges Tier!" sagte er bewundernd, während der Baron sich aus dem Sattel schwang und den Zügel dem Stallknecht zuwarf, „ich möchte es wohl auch einmal reiten."

Der Baron hatte mit einem raschen Blick den Anzug Mintrops gemustert, er lächelte spöttisch.

„Das Tier ist zu feurig für einen ungeübten Reiter," erwiderte er. „Sie würden es nicht bändigen können."

„Bah, das will ich Ihnen beweisen!"

„Vielleicht später einmal!" sagte der Baron achselzuckend. „Sie entschuldigen mich jetzt wohl, ich habe noch Besuche zu machen."

„Bedaure, Herr Baron, Sie werden mir noch einige Minuten schenken müssen," unterbrach ihn Mintrop in einem Tone, der keinen Widerspruch dulden zu wollen schien; „ich habe soeben den Lehrer Schöller im Hospital besucht und dabei merkwürdige Dinge erfahren."

Das vom scharfen Ritt gerötete Antlitz Paul's war plötzlich fahl geworden, sein Blick ruhte starr auf Mintrop.

„Kommen Sie mit!" sagte er nach einer kurzen Pause, und die beiden traten einige Minuten später in das Rauchzimmer des Barons.

„Was hat der Schwätzer Ihnen gesagt?" fragte Paul.

„Ich weiß, wer unerkannt im Hospital liegt," antwortete Mintrop, ihn fest anblickend.

„Haben Sie ihn gesehen?"

„Nein."

„So wissen Sie es auch nicht! Schöller nahm es nie mit der Wahrheit genau, wenn eine Lüge in seinem Interesse lag, und unter den obwaltenden Verhältnissen habe ich wahrhaftig keine Veranlassung, seiner Behauptung Glauben zu schenken. — Wir wollen darüber jetzt noch nicht streiten," fuhr er fort, ehe Mintrop eine Erwiderung geben konnte, „nehmen wir einmal an, die Behauptung sei in der Tat wahr, was nun weiter?"

„Ob sie wahr oder erfunden ist, werde ich ohne große Mühe erfahren können," antwortete Mintrop; „ich brauche mich nur mit einem der Aerzte des Hospitals in Verbindung zu setzen, so werde ich sicherlich die Erlaubnis erhalten, den Patienten zu sehen."

„Und dann?"

„Dann bliebe mir die Wahl, den verlorenen Sohn in die Arme seines Vaters zurückzuführen, oder —"

„Oder von mir eine große Summe zu erpressen," fiel der Baron ihm verächtlich in die Rede. „Ich meine, darüber hätten wir uns bereits genügend ausgesprochen; Sie wissen, daß ich Ihnen die Mittel zur Reise nach Amerika geben will, daß ich dies aber erst dann kann, wenn ich selbst Geld habe; damit müssen Sie zufrieden sein, denn mehr ist mir Ihre Verschwiegenheit nicht wert. Durch einen Besuch in Lindenwalde würden Sie sich selbst brandmarken, ohne den Glauben zu finden, auf den Sie Ihre Hoffnungen stützen."

„Darüber urteile ich anders," fuhr Mintrop fort, „wir wollen auch über diese Frage jetzt nicht streiten. Wäre meine Existenz so sehr gesichert, daß ich sorgenfrei in die Zukunft blicken könnte, so würde ich die Erleichterung meines Gewissens jeder Belohnung vorziehen. Leider darf ich diesem besseren Gefühl nicht nachgeben, zudem vertrete ich jetzt auch die Interessen Schöllers, Herr Baron; wir beide sind entschlossen, gemeinsam gegen Sie aufzutreten, wenn Sie nicht binnen kürzester Frist unsere Wünsche befriedigen. Und unsere Bedingungen sind nun auch andere geworden, mit einem Butterbrot lassen wir uns nicht mehr abspeisen." 249-20

SLUB
Wir führen Wissen.